

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

„Mit einem lachenden und einem weinenden Auge“ fängt die Antwort von GenossInnen auf die Frage zur Befindlichkeit nach der Landtagswahl an. Für uns bedeutet das am See Freude über den gelungenen Wechsel und Trauer über den Verlust des Mandats für Norbert Zeller. Die Auswirkungen des Fehlens eines Abgeordneten haben wir uns im Bodenseekreis noch gar nicht richtig klar gemacht.

Die Bundestagswahl von 2009 hat die Schwäche der Landespartei überdeutlich gemacht. Selbstverständlich kann man von einem Fortschritt reden, der Aufstieg von 18% auf 23% sei schon ein Lichtblick. Deutlich ist nur, dass wir es nicht geschafft haben, aus dem Käfig herauszukommen, dessen Decke bei 25% liegt. Die Vertrauenskrise ist so leicht nicht zu beheben. Die strukturellen Probleme bis hinunter in die Ortsvereine müssen endlich angepackt werden. Zumindest in Südwürttemberg sterben uns die Ortsvereine aus. Die Folgen sind verheerend: wir verlieren die kommunalpolitische Präsenz auf der Fläche und werden als Partei nicht mehr wahrgenommen.

Wer glaubt, die CDU mit FDP im Anhang sei entscheidend geschlagen, möge doch einmal die Sitzverteilung im Landtag anschauen. Mappus ist

weg, damit auch Ballast. Ein Wiedererstarken ist durchaus möglich.

Vier Regionalkonferenzen in einer Woche! Der Landesvorstand macht ein Versprechen wahr. Was man sonst noch hört, ist nicht gerade berauschend: Dass bei Stuttgart 21 große Schwierigkeiten auftreten würden, war eigentlich zu erwarten.

Die Einigung vom 20.04. in der Frage der Volksabstimmung lässt hoffen, dass die Koalitionsgespräche nun erfolgreich verlaufen werden. Der von den Grünen erhoffte Ausgang des Stresstests wird nun nicht mehr zum Ende der Gemeinsamkeit führen. Auf den Parteitag am 07. Mai dürften die Delegierten ein Problem zu bearbeiten haben.

Im Bodenseekreisverband steht nach der Wahl von Adnan Sabah zum neuen Vorsitzenden viel Arbeit ins Haus. Eine Neustrukturierung steht an, bei wichtigen regionalen Themen wie den Verkehrsproblemen fehlt uns Norbert Zeller: hier müssen wir wieder Meinungs führend werden.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Betrachtungen zum Ausgang der Landtagswahl 2011 - Regionalkonferenz der SPD Südwürttemberg - Es ist doch ein Kreuz mit dem Wahlkreuz auf dem Stimmzettel!	2 - 5
- Zuerst Qualität der Bildung verbessern, dann Einsparungen vornehmen	5 - 6
- Im Bodenseekreis neuer SPD-Kreisvorstand mit dem Vorsitzenden Adnan Sabah gewählt	6 - 7
- <u>EU</u> : "Experten unterstützen SIMON-Vorschlag zum Schutz von Sparbüchern und Girokonten" - "Lissabon-Urteil ein Gesicht gegeben" - „Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung“ – Termin	7 - 9
- "Klarer Erfolg im Kampf für die soziale Dimension" - "Langfristige gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik statt bloßer Rettungsmaßnahmen"	9 - 10
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!	10
- Schaufensterpolitik hilft den Frauen nicht	10-11
- <u>SPD-Bodenseekreis – Norbert Zeller:</u>	
- Antwortbrief Göner an Norbert Zeller	11
- Danke, Jochen Jehle – 8 Jahre Vorsitzender	12
- Es lebe die Tettlinger SPD-Gemeinde!	12
- Termine im KV Bodensee	12
- <u>SBI</u> : Was ist eigentlich daraus geworden? Teil V - Prix Wasserfrau an Karl Schweizer	13-14
- Weg von der Atomenergie – hin zu regenerativen Energien - <u>SP Kanton SG</u> : 120 Millionen Franken besser als budgetiert	14-15
- St.Galler Ständeräte im Angriff auf die Rentner - SP fordert eine neue Energiepolitik	15-16
- Einstimmung auf den Wahlkampf	16-17
- Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien und der Stromeffizienz	17-18
- <u>SP Kanton Thurgau</u> : Neuwahlen zum Stadtparlament in Arbon – Komplementärmedizin in den Thurgauer Spitälern?!	18-19
- <u>SP Kantone Appenzell – Ausserrhoden und Zürich</u> : Zuwachs der SP Ausserrhoden, SP Zürich verteidigt vakanten Regierungsratsitz - <u>SPÖ Vorarlberg</u> : BürgerInnen sparen clever - eine Kampagne der SPÖ Vorarlberg	19-20
- Land „flunkert“ in Sachen Energieautonomie	20
- ÖVP blockiert bei Minderheitenrechten weiter	20
- <u>KV Ulm und Hilde Mattheis</u> : Frauen verdienen mehr - bekommen aber weniger	20-21
- An die Mitglieder von Ortsvereins- und Kreisvorständen - <u>BayernSPD-SPD - Kreisverband Lindau</u> : Europafest in Lindau	21
- Mail-Informationsdienst der SPD-	22-25
- Foto: neuer Vorstand KV Bodensee	25
- Einladung Maikundgebung FN	26
- Sofortprogramm für eine Energiewende	27
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	28
- Einladung: Schlötterer in Lindenberg	29
- Impressum	30

Nachlese zur Landtagswahl

Betrachtungen zum Ausgang der Landtagswahl 2011

Erhebliche Nachbeben hat die Natur- und Reaktor-katastrophe in Japan auch bei den Wahlen am 27. März in Europa ausgelöst. In Frankreich nehmen die Grünen und die Sozialisten bei den Kommunalwahlen deutlich zu, beispielsweise in der Friedrichshafener Partnerstadt St. Dié in den Vogesen. In Hessen sind am 27. März ebenfalls deutlich mehr grüne Politiker/innen in die kommunalen Parlamente und bei Bürgermeisterwahlen gewählt worden. Und in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg? Was haben Steinheim und Sigmaringen-Laiz gemeinsam? Aus diesen Orten kommen die beiden Ministerpräsidenten: Kurt Beck (SPD) wieder gewählt in Rheinland-Pfalz, Winfried Kretschmann (Grüne), neuer Landesvater in Baden-Württemberg. In der Bodenseeregion hat die SPD das Ergebnis mit einem lachenden und einem weinenden Auge aufgenommen. Auf der einen Seite herrscht die Freude vor, jetzt im Stuttgarter Landtag mit den Grünen eine neue Energiepolitik und wegweisende Reformen auch in der Schul- und Bildungspolitik hin zum Länger gemeinsam lernen für Baden-Württemberg zu verwirklichen. Auf das neue Kabinett kann man ganz gespannt sein. Kommt das Finanzressort zur SPD (zu Nils Schmid), geht das Schul- und Bildungsressort an die Grünen, etwa an Chris Kühn?

Nicht mehr dabei ist Norbert Zeller, der seit 1988 im Landtag in Stuttgart für ein besseres Bildungswesen und für die Schule vor Ort kämpfte. Um 21.23 Uhr war es auf der Internetseite des Statistischen Landesamtes abzulesen, dass der Wahlkreis Friedrichshafen das Zweitmandat für die SPD verliert zugunsten der 5 anderen SPD-Kandidat/innen bei der Verteilung der übrigen Landtagsitze an die Parteien im Regierungsbezirk Südwürttemberg: Nils Schmid (Reutlingen), Rita Haller-Haid (Tübingen), Hans-Martin Haller (Albstadt), Martin Rivoir (Ulm) und, wie vor 10 Jahren erneut in den Landtag gewählt: Klaus Käppeler (Zwiefalten). Dieser wird künftig die südlichen SPD-Bezirke in der Landtagsarbeit mitbetreuen, wie er gegenüber Norbert Zeller versicherte. Dieser wird sein Wahlkreisbüro in Friedrichshafen auflösen. Die Zeppelinstadt wird künftig ähnlich wie die Landkreise Ravensburg und Sigmaringen nicht mehr von einem SPD-Abgeordneten unmittelbar vertreten.

Für die politischen Anliegen der Bodenseeregion ist künftig ein anderer SPD-Politiker in der Region zuständig: Im Regierungsbezirk Südbaden schaffte Hans-Peter Storz, Pastoralreferent in der Erzdiözese Freiburg und Religionslehrer am Gymnasium in Singen, den Einzug in den Landtag. Seine Frau

Sandra ist sehr stolz darauf, dass Hans-Peter künftig in Stuttgart „mitregieren“ kann. Erfreulich ist es auch, dass es Zahide Sarikas offensichtlich wieder besser geht. So deuten es zumindest die Südkurier-Fotos von der Konstanzer SPD-Wahlparty im „Pfohl“-Keller an. Die Parteifreunde in der Konzilsstadt sind jedenfalls sehr froh darüber, dass ihre Kandidatin für den Wahlkreis Konstanz das Krankenhaus wieder verlassen konnte nach dem furchtbaren Anschlag auf ihre Person vor ein paar Wochen. Und sie haben allen Grund, sich mitzufreuen über die Wiederwahl der anderen SPD-Kandidaten in den Stuttgarter Landtag entlang des Hochrheins. Alfred Winkler (Waldshut) kam über die Zweitstimmzählung ebenso wieder zum Zuge wie Rainer Stichelberger (Lörrach). Schaut man vom Hochrhein über den Südschwarzwald in die Freiburger Region, wird die Luft ziemlich grünstichig....

Und in der Bodenseeregion müssen jetzt eben neben Ulrich Müller (CDU) die beiden neuen Grünen-Abgeordneten Manne Lucha (Ravensburg) und Martin Hahn (Überlingen) in der Verkehrspolitik (B 30, B 31, Südbahn, Bodenseegürtelbahn) Verbesserungen in Stuttgart ermöglichen. Erwähnt werden sollte zudem noch, dass in Isny der SPD-Kandidat Peter Clement entgegen dem Landestrend für seine Partei persönlich noch deutlich zulegen konnte: von 20 Prozent auf 26 Prozent! Am 11. Mai konstituiert sich der neue baden-württembergische Landtag, am Tag darauf wird der neue Ministerpräsident gewählt. Was heißt dies für die SPD in Südwürttemberg?

Die Partei zwischen Donau und Bodensee wird zunächst einmal personell und inhaltlich Einfluss nehmen auf die Koalitions-Verhandlungen und den Koalitionsvertrag für die Landespolitik in den kommenden fünf Jahren. Das Land Baden-Württemberg und sein südöstlicher Bezirk müssen strukturpolitisch „ertüchtigt“ werden. Erhalt von Arbeitsplätzen und Schaffung neuer Wirtschaftsbetriebe durch eine nachhaltige neue, auch regionale und kommunale Energiepolitik sind nötig. Ein besonderer Brennpunkt dabei ist die Zukunft des neuen Staatskonzerns EnBW (das Land hat bekanntlich seit Weihnachten 2010 die Aktienmehrheit inne). Auf der einen Seite brauchen das Land selbst und im Gefolge die oberschwäbischen Landkreise in der OEW weiterhin den Erlös aus dem Umsatz des Stromkonzerns. Auf der anderen Seite ist es damit nicht mehr weit her, wenn bald alle 7 Atommeiler abgeschaltet werden, was wir ja auch fordern, und die erneuerbaren Energieträger wie Windräder, Solarenergie, Bioenergie auf dem Land künftig eher von kleinen privaten und kommunalen Trägern bewirtschaftet werden.

Ein anderes herausragendes Thema sind Stuttgart 21 und der Ausbau der Bahn-Struktur in Baden-Württemberg. Nach dem Stresstest der Bahn und dem Bau-Moratorium in Stuttgart muss es noch in diesem Jahr auf jeden Fall zu einer landesweiten Volksbefragung kommen, wenn eine Volksabstimmung an verfassungsrechtlichen Gründen scheitert.

Die Bahn AG und die Bundesregierung brauchen ein Signal aus dem Südwesten, was aus Stuttgart 21 werden soll.

Und es wird auch Zeit, dass 15 Jahre nach dem Ende der früheren großen Koalition CDU/SPD in Stuttgart die SPD zwischen Ulm und Friedrichshafen sich auf ein ganzheitliches Strukturkonzept darüber einig wird, wie sich diese Raumschaft bis zum Jahr 2030 weiter entwickeln soll. Die SPD-Kreisvorstände und die Kreistagsfraktionen in dieser Region sind herzlich eingeladen, sich einmal in nächster Zeit bei einer gemeinsamen Klausurtagung zu treffen und sich mit diesem Zukunftsthema auseinander zu setzen. Welche Konsequenzen die Wahlergebnisse der SPD in Baden-Württemberg und in der Region Bodensee-Oberschwaben für die künftige Parteiarbeit haben sollten (wir verharren seit 2006 bei allen Wahlen im 20-25-Prozent-Turm!), das ist Gegenstand eines anderen Aufsatzes im Roten Seehas. Nicht ganz unrecht hat wohl der Ravensburger SPD-Ortsvereinsvorsitzende Felix Rückgauer, der am Wahlabend äußerte: „Wir haben ein großes Kommunikationsproblem...!“

W. Bernhard

Wahnachlese in Weingarten

Regionalkonferenz der SPD Südwürttemberg

Ist das sprichwörtliche Glas halbvoll oder halbleer? Mit dieser Frage hatte Nils Schmid seine Rede begonnen, nachdem ihn Hilde Mattheis als „Neu-Südwürttemberger“ (er kandidierte im Wahlkreis Reutlingen) vor den nicht ganz 500 Teilnehmer-Innen an der SPD-Regionalkonferenz im Welfensaal im Kongresszentrum im oberschwäbischen Weingarten begrüßt hatte. Am Ende der kommenden 5jährigen Landtagsperiode mit der grün-roten Regierung soll dann nachgefragt werden: Wo sind die größeren Gläser? Die Aufgabe für die gesamte SPD in der Regierung wie an der Basis in Südwürttemberg hat ein doppeltes Gewicht, welches auf den Schultern lastet: Zum Einen soll die Handschrift der SPD im künftigen Regierungshandeln in Stuttgart mit dazu beitragen, dass das in den Augen vieler Wähler/innen unklare Profil der Sozialdemokraten wieder geschärft wird. Nils Schmid zitierte Willy Brandt: „Es ist wichtiger, kleine Schritte zu tun als in großen Themen nur zu reden.“

Und Erhard Eppler: „Wer regiert, muss stets den Fakten Rechnung tragen!“ Eine solide Finanzpolitik ist die Voraussetzung für gutes sozialdemokratisches Regierungshandeln, ist Nils Schmid überzeugt. Trotzdem sollen die gordischen Knoten wie die Umgestaltung des Bildungswesens im Land, das ungelöste Problem von Stuttgart 21 und der Ausbau der Demokratie (Wahlrecht, Volksentscheide) eins nach dem andern in den komm-

enden Jahren geregelt werden, ohne neue Schulden-Löcher aufzureißen.

Die andere Schwierigkeit betrifft innerparteiliche Hausaufgaben. Mit Klausurtagungen und Konferenzen will die Südwürttemberg-SPD bald nach der Konstituierung der neuen Landesregierung nach Lösungen suchen: Wie machen wir die SPD vor Ort zukunftsfit? Die Südhälfte des Bezirks Südwürttemberg hat keine eigenen SPD-Abgeordneten mehr, CDU- und Grünen-Abgeordnete beherrschen die öffentliche Kommunikation. Nicht wenige Ortsvereine haben erhebliche Existenz-Probleme und klagen über Mitgliederschwund. In 10 Jahren ist die Mehrheit der Parteimitglieder im Ruhestand, nicht mehr im aktiven Berufsleben. Und junge Parteimitglieder können rein quantitativ diese Entwicklung im Wechsel der Generationen nicht ausgleichen. Die Jusos brauchen deshalb alle Unterstützung. Ebenso Kandidatinnen und Kandidaten, die sich vor Ort um Bürgermeisterposten bewerben.

Als ein weiteres Problem stellte sich in den Wahlkampf-Berichten der Landtagskandidaten in Südwürttemberg die unbefriedigende Resonanz in den lokalen und regionalen Medien heraus. In Südwürttemberg gibt es immer weniger Parteibüros als wichtige Anlaufstellen. Ist der Rückzug der SPD aus der Fläche ein Grund für den Niedergang in der Partei? war eine der Fragen, die in Weingarten vorgetragen wurden. Warum müssen die Kreistagsfraktionen der SPD in Südwürttemberg nachdrücklich gebeten werden, sich in der Frage der OEW-Aufstellung und der Umwandlung des Stromkonzerns EnBW zu einem Unternehmen mit wesentlich höherem Anteil an der Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern stärker abzustimmen und sich zu gemeinsamen Konferenzen zu treffen?

Weist SPD in Südwürttemberg überhaupt ein gemeinsames Konzept für die Strukturpolitik, für die Bildungs- und Familienpolitik im ländlichen Raum auf? Nils Schmid machte in Weingarten klar: „Wir dürfen die großen Industrieregionen und Ballungsräume in Baden-Württemberg nicht gegen den ländlichen Raum ausspielen!“ Auch die Schwäbische Alb und die oberschwäbische Raumschaft müssen sich weiterentwickeln können, ohne den Natur- und Umweltschutz zu vernachlässigen. Die Fläche gehört zum Land, wie die zentralen Stadtregionen am mittleren Neckar oder Mannheim/Heidelberg auch. Die neuen SPD-Landesminister/innen und die SPD-Abgeordneten im Landtag müssen sich ebenso wie die Parteibasis vor Ort in den Kreisverbänden und Ortsvereinen in den kommenden Monaten und Jahren verstärkt um diese Herausforderungen kümmern.

Diese Aufgabe darf auch nicht hinter Stuttgart 21 verkümmern. Darin waren sich die anwesenden Vertreter/innen aus den Kreisverbänden und Wahlkreisen bei der Konferenz in Weingarten einig.

Voraussichtlich am **Samstag, 4. Juni** tagt die nächste Südwürttemberg-Konferenz der SPD.

W. Bernhard

Es ist doch ein Kreuz mit dem Wahlkreuz auf dem Stimmzettel!

Bei der kürzlich erfolgten Landtagswahl in Baden-Württemberg hatte jede und jeder Wahlberechtigte ab 18 Jahren eine einzige Stimme zu vergeben. Mehr nicht. Genau so ist es auch bei der Wahl zum Europäischen Parlament. Mann oder Frau wählt mit dem Kreuzchen auf dem Stimmzettel auch die politische Partei, der er oder sie zuneigt. Mit dieser Stimme entscheiden die aktiven Wahlberechtigten über die Gewinner/innen der Direktmandate, die in Baden-Württemberg in 60 Jahren fast ausnahmslos immer an die CDU gegangen sind. Diesmal war es anders, die Grünen haben abgeräumt, in den Hochschulstädten, im Jahr 2001 erhielt die SPD immerhin 7 Direktmandate. Gleichzeitig entscheiden die Wähler mit ihrer Stimme auch über die Verteilung weiterer Landtagsmandate in den einzelnen Regierungsbezirken an die Parteien, wenn sie landesweit über 5 Prozent Stimmenanteil bekommen sind. So weit so gut, oder doch nicht so gut?

Nach den Angaben des Statistischen Landesamtes waren bei dieser Landtagswahl wieder fast 70 000 Stimmen von Wahlberechtigten schlicht und ungültig! Bei der letzten Landtagswahl 2006 waren es noch 51 826 Stimmen, die ungültig waren. Also 17 217 mehr ungültige Stimmen. Entweder ist dies der Kollateralschaden einer erfreulich höheren Wahlbeteiligung, die von 53,4 auf 66,2 Prozent angestiegen ist. Knapp über 1 Millionen Wähler mehr sind dieses Mal zur Wahl gegangen. Die Stuttgarter gar mit 77,7 Prozent! Überhaupt war die Wahlbeteiligung in Württemberg höher als in Baden. Der Frauenanteil unter den neuen Abgeordneten im Landtag ist jetzt leicht gesunken, von 23,7 auf 18,1 Prozent. Nur noch 25 von 138 Landtagsabgeordneten sind Frauen.

Zurück zu den un-gültigen Stimmen. Schon eine Namensangabe auf dem Stimmzettel oder ein Bibelzitat aus Jesaja 41, Vers 4: „Ich erwähle dich und verwerfe dich nicht....“ macht den Stimmzettel ungültig! Erst recht wenn drauf steht: Mappus weg hat kein Zweck.

In Rheinland-Pfalz war auch Landtagswahl. Am Wahlabend hat die Auszählmannschaft in einem Wahllokal fast jeden 3. Stimmzettel für ungültig erklärt, das waren dann fast 2000 Stimmen. Auf diese Weise freute sich die rheinland-pfälzische Bildungsministerin Doris Ahnen zu früh, ihr Direktmandat gewonnen zu haben. Das Team in diesem Wahllokal musste nachzählen, und siehe da, Doris Ahnen hat ihr Direktmandat wieder verloren zugunsten eines CDU-Kandidaten. Wenigstens war sie auf der SPD-Landesliste in Rheinland-Pfalz so abgesichert, dass sie doch noch in den Landtag in Mainz einziehen kann.

Im benachbarten Hessen war Kommunalwahl am 27. März. Da hat die schwarz-gelbe Landesregierung noch unter Koch im Jahr 2002 das bewährte baden-württembergische Wahlverfahren mit Kumulieren und Panaschieren auf dem Stimmzettel eingeführt. Man kann also einem einzelnen Kandidaten bis zu 3 Stimmen geben, nicht mehr, und man kann Bewerbern aus verschiedenen Parteilisten jeweils 1 oder 2 oder höchstens 3 Stimmen geben. Man darf dabei nur die Höchstzahl an zu vergebenden Wahlstimmen nicht überschreiten. Im schmucken Uferstädtchen Meersburg, das liegt am Bodensee und nicht in Hessen, darf der kommunale Wahlberechtigte bei der nächsten Kommunalwahl 2014 insgesamt nur 22 Stimmen vergeben, warum, ja weil der Gemeinderat, das dortige Stadtparlament, so viele Mitglieder hat. Im Nachbardorf Stetten, das liegt auch am Bodensee, hat die Wählerin oder der Wähler ab 18 Jahren nur 8 Stimmen, weil der Gemeinderat dort nur 8 Mitglieder hat. Die Landeshauptstadt Stuttgart hat ein Stadtparlament mit 60 Mitgliedern, also hat dort der Wähler 60 Stimmen, die er verteilen kann mit Kumulieren und Panaschieren.

Zurück nach Hessen. Haben denn die verehrten Wähler/innen in diesem Bundesland das neue Kommunalwahlrecht mit heißem Herzen angenommen? Pfeifendeckel!! Zum einen hat die Mehrheit der Wähler einfach nur wie von früher gewohnt eine Parteiliste angekreuzt anstatt zu kumulieren und zu panaschieren. Nix mit mehr Demokratie wagen! In manchen Stadtteilen in Frankfurt am Main wurde eine Wahlbeteiligung von nicht mal 30 Prozent verzeichnet. „Ich lese nur BILD oder im Internet oder guck RTL II im Fernsehen, da kommt nix von meinem Stadtteil oder von meiner Gemeinde in den Nachrichten... Das interessiert mich eigentlich auch nicht so“, äußerten sich viele Wahlberechtigten nach einer Umfrage der Frankfurter Rundschau. Und noch was. Die Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Hessen haben immer mehr Mühe, genügend Stimmenauszähler in den Wahllokalen zu finden und sie entsprechend zu schulen. Deswegen hat es fast zwei Wochen gedauert, bis der Landeswahlleiter in Wiesbaden ein vorläufiges amtliches Endergebnis zu den Kommunalwahlen verkünden konnte. Viele Auszähler hatten offenbar Schwierigkeiten damit, gültige Stimmen von ungültigen Stimmen zu unterscheiden oder jeder einzelnen Stimme auf den verschiedenen ausgefüllten Stimmzetteln nachzuforschen.

In Estland war Anfang Februar auch eine Parlamentswahl. Hier konnten die Wählerinnen und Wähler ganz einfach mit dem Handy ihre Stimme abgeben. Dafür müssen sie sich eine extra Sim-Karte besorgen auf dem Amt, mit der jeder Handy-Wähler mittels eines Sicherheitscodes eindeutig identifiziert werden kann. Diese „Mobile-ID“ gibt's kostenlos, dazu zwei persönliche PINs. Mit der ersten wird die „Mobile ID“ freigeschaltet, mit der

zweiten kann man digital unterschreiben. Dafür muss das Handy an den PC angeschlossen sein. Übrigens: Ins traditionelle Wahllokal können die estnischen Bürger trotzdem noch gehen. 90 Prozent der Steuererklärungen werden von den estnischen Bürgern online erledigt. Und über den aktuellen Leistungsstand ihrer Schulkinder informieren sich die Eltern in Estland ebenfalls über das elektronische Klassentagebuch. Estland führte bei der Parlamentswahl 2007 als erstes Land der Welt die Stimmenabgabe übers Internet ein, jetzt kam das Handy dazu. Und den Euro haben sie als neue Währung auch schon. Die Sozialdemokraten kamen übrigens bei der letzten Parlamentswahl 2011 auf 18,3 Prozent. Gewonnen hat Schwarz-Gelb unter Ministerpräsident Andrus Ansip mit zusammen 58 Prozent. All diese Angaben verdankt der Rote Seehas übrigens „zdf-online“ und der netten Korrespondentin Daniela Hefner. **Wer sich über diesen Beitrag aufregt (gibt's nix anderes im Roten Seehas), der darf sich gerne hinsetzen und einen Beitrag schreiben: Konsequenzen aus dem Landtagswahlergebnis (wieder nicht mehr als knapp 24 Prozent für die SPD) für die Parteiarbeit landesweit und vor Ort in den nächsten Jahren. Subito! Nach der Wahl ist vor der Wahl!**

W. Bernhard

Zuerst Qualität der Bildung verbessern, dann Einsparungen vornehmen

Grüne und SPD betonen, dass eine bessere Bildungspolitik ein zentrales Markenzeichen der künftigen grün-roten Regierung sein werde. „Wir werden nicht an der Bildung sparen, sondern im Gegenteil die Bildung von der Kita bis zur Hochschule konsequent verbessern“, erklären Grünen-Fraktionschef Winfried Kretschmann und der SPD-Landesvorsitzende Nils Schmid.

Beide verweisen auf ihren Zwei-Stufenplan, zuerst die Qualität der Bildung zu verbessern und dann die finanziellen Spielräume für Einsparungen zu nutzen. Schließlich führe die demografische Entwicklung nun mal bis 2020 zu einem spürbaren Rückgang bei der Zahl der Schülerinnen und Schüler. Die dadurch freiwerdenden Mittel sollen für die qualitative Verbesserung im Bildungsbereich genutzt werden.

Im ersten Schritt werde die künftige Landesregierung die Unterrichtsversorgung verbessern, die Ganztagschulen und die individuelle Förderung ausbauen. Auch in der frühkindlichen Bildung müsse investiert werden. „Die Eltern können sich darauf verlassen, dass die künftige Landesregierung das Bildungsangebot spürbar verbessern wird. Das haben wir versprochen, das halten wir“, erklärte Kretschmann.

„Es ist jedoch auch eine Tatsache, dass die künftige Landesregierung sich um das große Finanzloch kümmern muss, das Schwarz- Gelb hinterlassen hat“, sagt Schmid. Sie habe deshalb vor, sobald die Qualitätsverbesserung realisiert sei und der Schülerrückgang dies ermögliche, in einem zweiten Schritt einen kleineren Teil der freiwerdenden Lehrerstellen ab 2015 nicht mehr neu zu besetzen und die eingesparten Mittel für die Haushaltskonsolidierung zu verwenden. „Die Reihenfolge ist aber klar: Zuerst die Verbesserung der Bildung, danach Verwendung freiwerdender Mittel für die Haushaltskonsolidierung“, sagt Schmid.

Veröffentlicht am 12.04.2011

SPD-BW

Im Bodenseekreis neuer SPD-Kreisvorstand mit dem Vorsitzenden Adnan Sabah gewählt

Knapp zwei Wochen nach der baden-württembergischen Landtagswahl trafen sich die Ortsvereinsdelegierten von Kressbronn bis Überlingen, um einen neuen SPD-Kreisvorstand für die kommenden zwei Jahre zu wählen.

Zu Beginn der Versammlung im Ratssaal in Immenstaad würdigten Jochen Jehle und weitere Redner/innen die Verdienste von Norbert Zeller, der am 27. März bekanntlich nicht mehr in den Stuttgarter Landtag gewählt wurde. Seit 1988 engagiert sich der Häfler SPD-Politiker für mehr Bildungsgerechtigkeit und für eine andere Schulstruktur, für den Ausbau der Ganztageschulen und der Infrastruktur in der Bodenseeregion, für die Erhaltung von Arbeitsplätzen (wie jüngst bei der Bodanwerft in Kressbronn) und für sozialpolitische Anliegen. Die Ära von Norbert als MdL endet spätestens mit der Konstituierung des neugewählten Stuttgarter Landtages am 11. Mai.

Er widmet sich künftig neben seinem beruflichen Engagement der Arbeit als Fraktions-Vorsitzender der SPD im Kreisparlament des Bodenseekreises und der SPD-Fraktion in der Versammlung des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben. Außerdem ist er weiterhin Präsident der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI). Aus aktuellem Anlass kümmert sich Norbert Zeller um die Koordination der SPD-Fraktionen in den Kreisparlamenten der neun oberschwäbischen Landkreise, die zu den Oberschwäbischen Elektrizitätswerken (OEW) als einem Hauptaktionär des Stromkonzerns EnBW gehören.

Der SPD-Basis ist bewusst geworden, dass der Parteibe-zirk um Friedrichshafen (und darüber hinaus in den Landkreisen Sigmaringen und Ravensburg mit Ausnahme des württembergischen Allgäus) in

den kommenden Monaten und Jahren nicht mehr von einem eigenen Bundestags- oder Landtagsabgeordneten repräsentiert wird. Für die parteiinterne wie für die öffentliche Kommunikation über die regionalen Medien herrschen demnach für die Ortsvereine und für den Kreisvorstand künftig neue Rahmenbedingungen.

Wegen zusätzlicher beruflicher Aufgaben hatte Jochen Jehle auf eine erneute Kandidatur zum SPD-Kreisvorsitzenden verzichtet. Als neue Kandidaten stellten sich Dieter Stauber von der SPD Friedrichshafen, Mitglied des Stadtparlaments in der Zeppelinstadt, bisher stellvertretender Kreisvorsitzender, und der Zweitkandidat bei der Landtagswahl, Adnan Sabah, von der Überlinger SPD, den Delegierten zur Wahl. Nach ihren Vorstellungsreden und Überlegungen zur künftigen Parteiarbeit teilte Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle die frisch gedruckten Stimmzettel aus. Mit Spannung warteten die Delegierten auf die Entscheidung.

Letztmals waren bei den Wahlen 2003 in Oberteuringen gleich zwei Kandidaten für das Amt des SPD-Kreisvorsitzenden als Nachfolger von Holger Maas aufgetreten: Jochen Jehle und Jürgen Leber-Becker.

Um 21.20 Uhr verkündete Versammlungsleiter Norbert Zeller das Ergebnis: Adnan Sabah erhielt 31 Stimmen, sein Mitbewerber Dieter Stauber 25 Stimmen. Damit hatte die Parteibasis der SPD im Bodenseekreis rund 20 Jahre nach der aus Griechenland stammenden Arbeitsrichterin Gabriele Goumás wieder einen Kandidaten „mit Migrantenhintergrund“ zum SPD-Kreisvorsitzenden am Bodensee gewählt: Adnan Sabah, im Emirat Kuwait geboren und heute nach einem Biologiestudium an der Uni Freiburg in einem Unternehmen bei Tuttlingen als IT-Manager tätig. Zu seinen Stellvertretern wurden Dieter Stauber (Friedrichshafen) und Yvonne Bernard (Markdorf) gewählt.

Bemerkenswert ist an dem neuen Team der Kreis-SPD, dass zum Einen mit Daria Napolano, Malik Meddur und Gazi Sorun weitere Mitglieder angehören, die mit dem Thema „Integration“ Öffentlichkeitsarbeit betreiben wollen. Zum Anderen hat jedes Kreisvorstandsmitglied, auch die „Beisitzer“ einen besonderen Aufgabenschwerpunkt, dem er oder sie sich künftig widmen wollen. Eine Kommission beispielsweise, von Karl-Heinz König inspiriert, widmet sich künftig der Rettung und Stärkung schwacher Ortsvereine: 2014 ist die nächste Kommunalwahl, für die die SPD eigene Kandidatenlisten in möglichst vielen der 23 Städte und Gemeinden im Bodenseekreis aufstellen.

Teamarbeit und zielorientiertes Arbeiten hat Adnan Sabah den Delegierten versprochen. Den Jusos sollen mehr Möglichkeiten der Beteiligung und der aktiven Mitarbeit geboten werden. Warum soll es nicht eine Jugendquote geben bei den Wahlen zu

den Delegierten für die Landesparteitage? Dafür setzte sich der Juso-Kreisvorsitzende Leon Hahn bei der SPD-Kreisikonferenz ein. Die Vorzeichen sind günstig, dass der neue SPD-Kreisvorstand sich nicht überwiegend mit sich selber, sondern mit den politischen Strukturproblemen in der Bodenseeregion öffentlichkeitswirksam auseinandersetzt. Hic Rhodus, hic salta! (Äsop: Zeig hier, was du kannst.)

WB

Ein Foto des neuen Kreisvorstandes ist auf Seite 25 zu sehen



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

"Experten unterstützen SIMON-Vorschlag zum Schutz von Sparbüchern und Girokonten"

Anhörung im Europäischen Parlament bestätigt Vorschläge zur Neuregelung der gesetzlichen Einlagensicherung

Frühzeitige Eingriffsmöglichkeiten, um Krisensituationen zu vermeiden und eine flexible Lösung, die der Vielschichtigkeit der Mitgliedstaaten gerecht wird, sind unumgänglich für einen umfassenden Schutz der Sparer in Europa.

Diese und viele weitere zentrale Forderungen des SPD-Europaabgeordneten **Peter SIMON**, zuständiger Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum Thema Einlagensicherung, haben die Experten von Verbraucherschutzorganisation, Banken und Einlagensicherungssystemen aus ganz Europa am Dienstag im Rahmen einer öffentlichen Anhörung bestätigt. Die Veranstaltung im Ausschuss für Wirtschaft und Währung diente als wichtige Plattform zum Informationsaustausch bei der Arbeit am aktuellen Gesetzgebungsverfahren über die Neufassung der Einlagensicherungsrichtlinie.

Peter SIMON begrüßte die Einschätzungen der Sachverständigen: "Der Meinungs-austausch mit Experten war wichtig für unsere Arbeit, ein stabiles Sicherungssystem für Spargbücher und Girokonten in Europa zu schaffen. Die vielen positiven Rückmeldungen im Verlauf der Anhörung zu meinem Vorschlag haben gezeigt, dass ich mit meinem Konzept auf dem richtigen Weg bin, ein dauerhaft gut funktionierendes System zur Einlagensicherung zu schaffen."

Seitens des Bankensektors wurde lediglich die Größe des Fonds zur Sicherung von Einlagen kritisiert und ein geringeres Fondsvolumen gefordert. **Peter SIMON** weist diese Forderung allerdings entschieden zurück. "Der Kunde muss im Fokus unserer Bemühungen stehen. Nur durch die ausreichende Finanzierung eines entsprechenden Sicherungsfonds können die Sparerinnen und Sparer auf ein sicheres System vertrauen und eine Rettung von Banken durch den Staat vermieden werden."

Diese Einschätzung wurde auch von Verbraucher-schutzorganisationen geteilt. Ebenso wie der sozialdemokratische Berichterstatter **Peter SIMON** sind sie der Auffassung, dass Kunden nicht als Ersatz für ausreichend finanzierte Sicherungssysteme und gut funktionierende Aufsichtsbehörden erhalten dürfen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Währung haben nun Zeit, die Anregungen und Informationen aus der Anhörung bei ihren Änderungsanträgen zu berücksichtigen. Die Frist zur Einreichung von Änderungsanträgen endet am 31. März 2011. Die Abstimmung im Wirtschaftsausschuss findet am 9. Mai 2011 statt.

Brüssel, 22.03.2011 *Für weitere Informationen: Büro Peter Simon, Tel. 0032 2 28 47558 und Algara Stenzel (Pressesprecherin) +32 473 93 00 60 (GSM)*

Peter SIMON:

"Lissabon-Urteil ein Gesicht gegeben"

Europaparlamentarier binden Deutschen Bundestag in den laufenden Gesetzgebungsprozess zur Neuregelung der Einlagensicherung ein

Erstmals in der Geschichte des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestages fand am Mittwoch eine direkte Einbindung des zuständigen Ausschusses des Deutschen Bundestages während eines laufenden europäischen Gesetzgebungsverfahrens statt. Auf Initiative von **Peter SIMON**, zuständiger Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Neuregelung der Einlagensicherungssysteme, wurde die aktuelle parlamentarische Arbeit zu diesem Thema im Finanzausschuss des Bundestages vorgestellt und mit den Fachpolitikern aus Bundestag und Bundesregierung diskutiert.

"Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Bundestag, Volker Wissing, war meiner Idee eines direkten Gedankenaustausches gegenüber sehr aufgeschlossen. Die Mitglieder des Finanzausschusses hatten damit erstmals die Möglichkeit, an der parlamentarischen Diskussion auf europäischer Ebene teilzuhaben und Anregungen einzubringen", erklärte der SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**. Die Vorstellung fand eine Woche vor Ende der Frist

zum Einreichen von Änderungsanträgen im Ausschuss für Wirtschaft und Währung statt.

Mit dem Inkrafttreten des EU Vertrages von Lissabon wurden die Zuständigkeiten der EU ausgeweitet. Das Bundesverfassungsgericht hatte das Inkrafttreten daran gekoppelt, dass die Rechte des nationalen Parlaments bei Europafragen künftig gestärkt werden (Lissabon-Urteil). "Mit der Einbindung des Bundestages in unsere europäische Arbeit haben wir dem Lissabon-Urteil erstmals ein konkretes Gesicht gegeben", kommentierte **Peter SIMON** die gemeinsamen Beratungen der nationalen und europäischen Parlamentarier im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages.

Wie wichtig ein direkter Austausch zwischen den beiden Institutionen ist, hat sich im Verlauf der Sitzung gezeigt. Offene Fragen konnten durch den Sozialdemokraten **Peter SIMON** und den mitgereisten Kollegen, Burkhard Balz von der CDU und Sven Giegold von Bündnis 90/Die Grünen, sofort beantwortet werden. "Durch diesen Dialog mit unseren deutschen Kollegen konnte eine breite Übereinstimmung erzielt werden. Auch der Vertreter der Bundesregierung, der parlamentarische Staatssekretär Hartmut Koschyk, zeigte sich von meinem Ansatz zur Neuregelung von Einlagensicherungssystemen überzeugt", so **Peter SIMON**.

Das Miteinander von nationalem und Europäischem Parlament hat eine neue Qualitätsstufe erreicht. "Die positive Resonanz und die guten Ergebnisse des Austausches haben gezeigt, dass eine Zusammenarbeit beider Parlamente der richtige Weg ist. Unser Austausch könnte daher ein Modell auch für künftige Gesetzgebungsverfahren sein", so **Peter SIMON** abschließend.

Brüssel, 23.03.2011

**Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP**

Termine im Bodenseekreis

KV-Sitzung:

09.05.2011

19:00

Ort noch unbekannt

Parteiöffentlich

Evelyne Gebhardt:

„Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung“

Sozialdemokraten setzen entscheidende Verbesserungen in der Verbraucherrechte-Richtlinie durch

„Das ist für uns ein wichtiger Etappensieg auf dem Weg zu einer Richtlinie, die ihrem Namen auch gerecht wird und tatsächlich die Rechte europäischer Verbraucherinnen und Verbraucher schützt“, freute sich die SPD-Europaabgeordnete **Evelyne Geb-**

hardt über das Abstimmungsergebnis zur Verbraucherrechte-Richtlinie im Plenum des Europäischen Parlaments am Donnerstag in Brüssel. „Es hat sich ausgezahlt, dass wir als sozialdemokratische Fraktion den unzulänglichen Entwurf im Binnenmarktausschuss abgelehnt und uns weiter unermüdlich für eine Verbesserung des Verbraucherschutzniveaus eingesetzt haben“, so **Evelyne Gebhardt** weiter, die als sozialdemokratische Verhandlungsführerin das zur Plenarabstimmung eingebrachte Kompromisspaket ausgehandelt hat.

Während der Text, der Anfang Februar im Binnenmarktausschuss mit den Stimmen von Konservativen und Liberalen angenommen wurde, an zahlreichen Stellen zu einer Verschlechterung des Verbraucherschutzes in den Mitgliedstaaten geführt hätte, konnte Evelyne Gebhardt zuletzt doch noch entscheidende Verbesserungen durchsetzen und so eine Zustimmung der Sozialdemokraten bei der Abstimmung im Plenum ermöglichen. „Der entscheidende Erfolg ist, dass es uns gelungen ist, die Mindestharmonisierung zur Grundlage der Richtlinie zu machen. Darüber hinaus haben wir die Informationspflichten gegenüber dem Verbraucher stärken können, elektronische Produkte in den Anwendungsbereich der Richtlinie aufgenommen und die Dauer von Verträgen auf maximal zwölf Monate begrenzt“, stellte **Evelyne Gebhardt** zufrieden fest.

Nachbesserungsbedarf am breit ausgehandelten Kompromisspaket bestünde nach Ansicht der SPD-Abgeordneten aber weiterhin. „Wir hoffen, dass wir auch an den verbleibenden kritischen Punkten noch Verbesserungen für die Verbraucher und Verbraucherinnen in der EU herausholen können. Daher hat meine Fraktion dem Antrag des Berichterstatters auf Rückverweisung des Berichts in den Ausschuss zugestimmt“, erklärte **Evelyne Gebhardt** abschließend.

Hintergrund:

Die neue Verbraucherrechte-Richtlinie soll die bisherigen Richtlinien zu Haustürgeschäften, Vertragsklauseln, Fernabsatz und Verbrauchsgüterkauf zusammenfassen und die derzeitigen unterschiedlichen Regelungen der Mitgliedsstaaten im Verbraucherrecht reformieren. Das Europäische Parlament hat in seinem heute abgestimmten Bericht zahlreiche Veränderungen gegenüber dem auf umfangreiche Vollharmonisierung ausgerichteten Vorschlag der Europäischen Kommission beschlossen.

Brüssel, 24. März 2011

**Für weitere Informationen:
Büro Evelyne Gebhardt**

Evelyne GEBHARDT:

"Klarer Erfolg im Kampf für die soziale Dimension"

Sozialdemokraten schreiben soziale

Dimension in der Binnenmarktakte vor

Stärker im Sinne der Bürger und Bürgerinnen und mit Fokus auf die Sorgen der Verbraucher und Verbraucherinnen soll die Vollendung des europäischen Binnenmarkts zukünftig erfolgen. Dafür hat sich das Europäische Parlament mit breiter Mehrheit in seinen drei Resolutionen über die sogenannte ‚Binnenmarktakte‘ am Mittwoch in Straßburg ausgesprochen, um das Vertrauen der Menschen in den Binnenmarkt und damit in die EU wiederherzustellen.

Dass die Forderung nach einem sozialen Europa stärker im Mittelpunkt der drei eingebrachten Entschließungen steht, ist vor allem auf den Druck der S&D-Fraktion im Europaparlament zurückzuführen. Denn die nun vom Plenum angenommenen Texte unterscheiden sich in zentralen Punkten von der Version, die Mitte März im Binnenmarktausschuss ohne die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurde. "Nach langem Ringen konnten wir nun doch eine Stärkung der sozialen Dimension des Binnenmarktes in den Berichten durchsetzen", freute sich Evelyne GEBHARDT, SPD-Europaabgeordnete und Sprecherin der Sozialdemokraten im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, nach der Abstimmung.

"Insbesondere muss die EU-Kommission endlich die entscheidende Bedeutung der sozialen Rechte im Binnenmarkt anerkennen und die sozialen Auswirkungen der europäischen Gesetzgebung in den Mittelpunkt stellen. Daher ist es wichtig, dass wir als Parlament die Kommission nun einmal mehr an die bereits im Lissabon-Vertrag verankerte Sozialklausel erinnern und eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte und des sozialen Dialogs in Europa fordern", so Evelyne GEBHARDT weiter.

Auch in einem weiteren wichtigen Punkt konnten sich die Sozialdemokraten gegen den Widerstand von Konservativen und Liberalen durchsetzen: So enthält die Resolution zu ‚Ein Binnenmarkt für die europäischen Bürger‘ die klare Aufforderung an die Kommission und die Mitgliedstaaten, endlich geeignete sektorspezifische Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Daseinsvorsorge für die Menschen in der EU zu ergreifen. "Eine universelle und qualitativ hochwertige Daseinsvorsorge ist unverzichtbarer Bestandteil einer sozialen Marktwirtschaft, die die Wirtschaft in den Dienst der Menschen stellt und nicht umgekehrt. Wir fordern die Kommission auf, endlich das Projekt eines sozialen Europas voranzubringen, da wir nur so wieder mehr Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern gewinnen können", so Evelyne GEBHARDT.

Darüber hinaus fordern die Parlamentarier eine leichtere grenzüberschreitende Anerkennung von Berufsqualifikationen, die Schaffung eines Europäischen Kompetenzpasses und die vollständige

Übertragbarkeit von Rentenansprüchen innerhalb der EU. Die drei angenommenen Resolutionen sind eine erste Reaktion des Parlaments auf die im Oktober 2010 vom EU-Kommissar Michel Barnier vorgestellte Binnenmarktakte und enthalten Empfehlungen an die Kommission für die nun ab Mitte April folgenden konkreten Gesetzesmaßnahmen und Initiativen.

Straßburg, 06.04.2011 Für weitere Informationen:
Evelyne Gebhardt und Algara Stenzel,
Pressesprecherin

Peter SIMON:

"Langfristige gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik statt bloßer Rettungsmaßnahmen"

Portugals Hilfeersuchen offenbart Notwendigkeit einer grundlegenden Reform der Eurozone

"Nicht zuletzt aus wohlverstandener nationaler Eigeninteresse steht es außer Frage, dass die Europäische Union die Eurozone und ihre Mitglieder stützen muss. Doch das alleine reicht für eine langfristige Problemlösung und Verhinderung zukünftiger Schiefen einfach nicht aus. Europa muss noch mehr Verantwortung übernehmen und grundlegende gemeinsame wirtschafts- und finanzpolitische Reformen einleiten. Das Hilfeersuchen von Portugal zeigt, dass die Rahmenbedingungen derzeit noch nicht stimmen", unterstreicht der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**. Nach Ansicht des Mitglieds des Ausschusses für Wirtschaft und Währung braucht die Eurozone für ihre Zukunftsfähigkeit dringender denn je eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik. "Die nationalen Haushalte müssen auf solide Füße gestellt, gleichzeitig muss aber auch genügend Raum für Zukunftsinvestitionen geschaffen werden" erläutert **SIMON**.

"Zudem ist es v i e l zu kurz gedacht und schafft uns immer nur Verschnaufpausen, wenn wir den Rettungsschirm weiter aufspannen ohne die Spielregeln für die Märkte grundlegend zu reformieren. Um aus der Rolle der Getriebenen herauszukommen, die nur reagieren und nicht mehr agieren können, müssen wir das Problem endlich an den Wurzeln anpacken" führt **Peter SIMON** weiter aus. Ein zentrales Ziel müsse sein, dass sich jedes Mitglied der Eurozone spekulationsfrei zu fairen Preisen an den Märkten refinanzieren kann. An der Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds und der gemeinsamen Vermarktung eines Teils der Staatsanleihen (Eurobonds) führe deshalb kein Weg vorbei.

Darüber hinaus fordern die Sozialdemokraten die Mitgliedstaaten auf, ihre Steuerbasis zu stärken. "Dabei dürfen wir aber nicht den Arbeitnehmern und Verbrauchern in Europa immer neue Belastungen aufbürden, sondern müssen beispielsweise die Kapitaleinkünfte angemessener besteuern. Darüber hinaus sollte die EU-Kommission bei der Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer endlich Nägel mit Köpfen machen. Die Verursacher der Krise müssen an der Beseitigung der Kosten beteiligt werden. Das sind wir auch den europäischen Steuerzahlern, die für die Rettung des Euro bürgen und im schlimmsten aller Fälle sogar aufkommen müssen, schuldig", fordert **Peter SIMON** abschließend.

Straßburg, 07.04.2011

Für weitere Informationen: Büro Peter Simon

Ferner:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Am 25. März 2011 wird zum vierten Mal in Deutschland der „Equal Pay Day“ begangen, der Aktionstag für die Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen. Hierzu erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), **Elke Ferner**:

Wer kann diese Zahl nicht im Schlaf aufsagen? 23 Prozent. So viel verdienen Frauen in Deutschland weniger als Männer. Das ist ungerecht und darf nicht so bleiben.

Zum vierten Mal wird bei uns morgen der „Equal Pay Day“ begangen. Um das gleiche Entgelt zu erhalten wie der Durchschnitt der Männer im Jahr 2010 mussten Frauen noch bis zum 25. März 2011 arbeiten.

Die Lohnunterschiede haben Ursachen – und sie haben Folgen. Einen bedeutenden Anteil haben Rollenbilder: typisch Frau, typisch Mann, Zuverdienerin, Haupternährer, Frauenberufe, Männerberufe, Mini- oder Teilzeitjob für Mütter, Vollzeitjob für Väter, Niedriglöhne für Frauen, gläserne Decken für Frauen und ausschließlich männlich besetzte Führungspositionen, Armut im Alter.

Die Lohnlücke konnte bisher nicht geschlossen werden, sie scheint wie in Stein gemeißelt. Entgeltgleichheit ist ein Prinzip ohne Praxis. Lohndiskriminierung ist kein Kavaliersdelikt. Die bisherigen Regelungen haben die betroffenen Frauen mit ihrem Problem alleine gelassen: Wer nicht geklagt hat, bekommt weniger Geld, und wer klagt, verliert möglicherweise den Job. So kann Entgeltgleichheit nicht durchgesetzt werden.

Wir brauchen endlich Instrumente, die wirksam und praktikabel sind. Ein Gesetz zur Durchsetzung der

Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern muss jetzt her! Die SPD-Bundestagsfraktion wird ein solches Gesetz vorlegen. Es wird sich an die Akteurinnen und Akteure in den Betrieben und Verwaltungen, die Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte und an die Arbeitgeber richten. Ihnen müssen wir Instrumente an die Hand geben. Dazu gehört die Transparenz von Einkommen, Entgeltberichte sind die Basis. Es ist Aufgabe der Tarifpartner, dafür zu sorgen, dass es keine unmittelbare – aber auch keine mittelbare Diskriminierung bei der Bezahlung gibt. Bei Untätigkeit muss es auch Sanktionen geben.

Flankierend benötigen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Davon profitieren insbesondere die Frauen, denn sie stellen den Löwenanteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich.

So billig wie bisher kommen die Unternehmen nicht mehr davon, die Frauen schlechter bezahlen. Hierfür gehen wir am morgigen „Equal Pay Day“ auf die Straße. Und am nächsten Tag machen wir uns wieder an die Arbeit und streiten für gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

23. März 2011

SPD Presseservice

Ferner:

Schaufensterpolitik hilft den Frauen nicht

Zu den Ergebnissen des heutigen Gipfels der Bundesregierung mit den DAX-30-Unternehmen für mehr Frauen in Führungspositionen erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), **Elke Ferner**:

Diese Bundesregierung beweist erneut: Sie ist nicht in der Lage, Frauen zu fördern. Statt konkreter und vor allem verbindlicher Vereinbarungen betreibt sie einmal mehr Schaufensterpolitik.

Die Bundesministerin Schröder scheut mit ihrer Flexiquote den Konflikt mit den Unternehmen. Heute wurde deutlich: In der Bundesregierung gibt es weder eine einheitliche Linie, noch eine, die Frauen weiter hilft. Auf offener Bühne werden unterschiedliche Positionen zur Schau gestellt.

Da verwundert es nicht, dass die Unternehmen sich weiter auf freiwilligen Selbstverpflichtungen ausruhen wollen. Anstatt den Takt vorzugeben, bremst Ministerin Schröder sich selbst aus und ist so naiv, dass sie sich auf die verlässt, die 10 Jahre nichts getan haben. Sie lässt damit wieder eine Generation von Frauen im Regen stehen, die um ihre Karrierechancen gebracht werden.

Frau von der Leyen hatte als Familienministerin ebenso wenig ein Konzept und ein Ziel wie ihre Nachfolgerin jetzt. Trotzdem ist ihre Kritik richtig,

dem Vorschlag fehlten konkrete Zahlen, eine Zeitleiste, Konzept und Strategie.

Dieses Urteil von von der Leyen ist eine Ohrfeige für ihre Kabinettskollegin.

Deutschland stünde es bei diesem Thema gut an, eine Vorreiterrolle zu übernehmen und nicht auf Vorgaben aus Brüssel zu warten. Die EU-Kommission hat klare Ziele formuliert: bis 2015 30 Prozent und bis 2020 40 Prozent Frauen in Führungsgremien börsennotierter Unternehmen. Das ist eine klare Perspektive für Frauen.

Bei vernünftigen Vorschlägen sind wir dabei. Schaufensterpolitik ist mit uns nicht zu machen!

30.03.2011

SPD-Parteivorstand

Britta Erfmann

Referat Frauen / ASF



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND VERKEHR
DIE MINISTERIN

Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr Baden-Württemberg
Postfach 103439 . 70029 Stuttgart

Stuttgart 1 7. MHZ. 2011

Durchwahl 0711 231-5741

Herrn

Norbert Zeller MdL

Haus des Landtags

Konrad-Adenauer-Straße 3

70173 Stuttgart

Aktenzeichen 74-3851.1-00/780

(Bitte bei Antwort angeben!)

Unfallsituation auf der B 31 bei Überlingen

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, sehr geehrter Herr Zeller,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 10. Februar 2011, in dem Sie, bezugnehmend auf die Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr in der Drucksache 14/6371 vom 30. Mai 2010, nach Maßnahmen gegen Unfälle durch Wendemanöver auf der B 31 im Bereich Überlingen fragen. Zu Ihrem Anliegen. Kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Im gesamten Streckenabschnitt der B 31 zwischen der westlichen Kreisgrenze (Sipplingen) und dem Anschluss der B 33 östlich von Meersburg besteht an 10 Parkplätzen und vier Anschlussstellen die Möglichkeit des "verbotswidrigen Wendens". Diese Stellen sind zurzeit entweder durch eine vorgegebene Fahrtrichtungsbeschilderung oder mit durchgezogener Mittelmarkierung ausgestattet. Zusätzlich ist auf einem Parkplatz eine Wegweisung installiert, die auf eine Wendemöglichkeit bei der nächsten

Ausfahrt hinweist. Verbotswidrige Wendemanöver sind darüber hinaus an vielen Stellen in unterschiedlicher Häufigkeit zu beobachten.

Im Jahr 2010 gab es insgesamt sechs Unfälle, wovon vier durch Wendemanöver und zwei durch illegales Abbiegen verursacht wurden. Ein Unfall fand auf freier Strecke statt, drei an Anschlussstellen und zwei vor einem Parkplatz, bzw. einer Haltebucht.

Dabei gab es insgesamt drei Schwer- und zwei Leichtverletzte. Die Zahl der Unfälle dabei muss auch im Verhältnis zum vorhandenen hohen Verkehrsaufkommen gesehen werden.

Die Wendemanöver auf der B 31 im Bereich des Bodenseekreises sind schon länger im Fokus der Verkehrs- und Unfallkommissionen. Folgende Verbesserungsmaßnahmen wurden dazu erörtert:

- Einbau von Leitschwellen mit aufgesetzten Leitbahnen bzw. Leitbaken,
- Einbau einer baulichen Mitteltrennung mittels doppelseitiger Beton- oder Stahlschutzwand.

Beide Maßnahmen können die Verkehrssicherheit allerdings auch erheblich beeinträchtigen. Es kann

- zu Kollisionen mit den Leitschwellen und Schutzwänden infolge Unachtsamkeit der Verkehrsteilnehmer oder
- zu Gefährdungen durch herausgerissene Leitbahnen bzw. Leitbaken kommen;
- zudem wird der Winterdienst deutlich erschwert.

Daher müssen die Verbesserungsmaßnahmen im Einzelnen genau abgewogen werden. Die Abstimmung zwischen der Straßenbauverwaltung, der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei ist noch nicht abgeschlossen. Die noch erforderlichen letzten Besprechungen sollen zeitnah im Frühjahr durchgeführt werden, so dass beschlossene Maßnahmen noch vor Beginn der Reisezeit umgesetzt werden könnten.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)

Tanja Gönner

31.03.2011

über Büro Norbert Zeller, MdL

Es lebe die Tettlinger SPD-Gemeinde!

Vor genau 141 Jahren ist die SPD –Ortsgruppe in der Montfortstadt Tettling gegründet worden. Die älteren Herrschaften unter den Leser/innen werden sich noch sicherlich daran erinnern können. Im letzten Herbst haben die Tettlinger SPD'ler ein großes Jubiläum gefeiert. Und schon einen Tag nach dem Wahltag zur Landtagswahl traf man sich wieder, um im „Ritter“-Lokal die Hauptversammlung abzuhalten. Man will ja schließlich auch noch kommende Wahlen gewinnen und genügend Kandidatinnen u. Kandidaten für die Kommunalwahl im Juni 2014 finden.“ Ohne Häme“ hat man den Regierungswechsel aufgenommen, warum soll sich nicht

auch mal die CDU nach fast 60 langen Jahren Regierungsarbeit in der Opposition etwas ausruhen.

Mit großem Bedauern haben die Tettlinger Roten es aufgenommen, dass Norbert Zeller und Christel Ulmer, die beiden SPD-Landtagskandidaten, in Stuttgart nicht „mitregieren“ dürfen. Bei der Tettlinger SPD war und ist man mehrheitlich nicht vom „Tieferlegen“ des Stuttgarter Hauptbahnhofes überzeugt. Auf jeden Fall will man sich in den kommenden Monaten hauptsächlich kommunalen Themen und Vorgängen beschäftigen, wie beispielsweise die Umwandlung des Manzenberges mit seinen diversen Schulen zu einem attraktiven „Campus“. Soll in Tettling auch noch eine Hochschule eingerichtet werden? Einige Fragezeichen hat der SPD-Stadtrat Peter Heidtmann zu dem Anliegen der Stuttgarter Obergenossen, dass künftig der Besuch der Kindertagesstätten generell gebührenfrei von statten gehen soll. Die Studiengebühren will man ja auch abschaffen, und der Stromkonzern EnBW wird künftig nach dem Abschalten aller 4 Atommeiler sicherlich weniger Umsatz machen und auch die Aktienrendite für die Landeskasse wird kleiner werden.

Da gab es Einiges zu disputieren bei der Hauptversammlung, bis der neue Ortsvereinsvorstand gewählt werden konnte. Einstimmig wieder gewählt wurden die **Vorsitzende Siglinde Roman und ihr Vize Hermann König**. Die Pressearbeit macht Olaf Jahnke, Kassier ist Axel Eggert und Beisitzer ist Berthold Wierer. Als Kassenprüfer wurden der Ortsvereins senior und Ehrenmitglied Willy Rumsauer sowie Franz Plavec in ihrem wichtigen Amt bestätigt. In nächster Zeit lädt man wieder zu den SPD-Stammtischen unter dem Titel „SPD im Gespräch“ ein, entweder in den „Bären“, oder in die „Frohe Aussicht“ oder in die „Krone“. Ein weiteres Anliegen ist die Gewinnung von neuen Mitgliedern, vor allem jungen Genoss/innen, damit die nicht immer zu den im Altersschnitt jüngeren Grünen in Tettling abwandern müssen...

Ans Aussterben denkt man in Tettling noch lange nicht, zur Not kann man ja noch mit dem nördlichen Tettlinger Vorort Meckernbeuren konfusionieren.

W. Bernhard

Danke, Jochen Jehle

Acht Jahre an der Spitze des Bodensee-Kreisverbandes

Als er 2003 gegen seinen Konkurrenten Jürgen Leber-Becker als Nachfolger von Holger Maas zum Kreisvorsitzenden gewählt wurde, wusste noch niemand, dass die rot/grüne Koalition in weiteren zwei Jahren zu Ende sein würde.

Jochen Jehle führte den Kreisverband als „fleissiger“ und umsichtiger „Arbeiter“. Bei der Bundes-

tagswahl 2005 war er allerdings im Wahlkampf nicht Kandidat. Harald Georgii, von Rudolf Bindig aus Berlin geholt, wurde von den Delegierten zum Kandidaten nominiert. Trotz aller Anstrengungen Jochens und seiner Mannschaft hatte Georgii keine Chance, der Listenplatz war zu schlecht.

Vier Jahre später kämpfte dann Jochen – ebenfalls auf aussichtslosem Listenplatz mit großem Engagement für seine Partei.

Nun macht Jochen Jehle seinem Nachfolger Adnan Sabah Platz. Jochen, dein Weg war zeitweise mühsam, zermürend. Deine Opferbereitschaft als Bundestagskandidat, dein engagierter Einsatz für den Kreisverband waren bemerkenswert und wertvoll. Danke, Jochen.

Karl-Heinz König

Weitere Termine im Bodenseekreis

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 18.04.2011, 19:30 Uhr - 21:30 Uhr.

Ort: Weinstube Stecher

OV Immenstaad:

Montag, 02.05.2011, 19:30 Uhr - 22:00

Stammtisch und Mitgliederbefragung,

Ort: tbd

Der April- Stammtisch fällt leider aus Zeitmangel aus - im Mai geht es weiter.

OV Markdorf:

Vorstand

Donnerstag, 12.05.2011, 20:00 Uhr - 22:30 Uhr

Ort: Krone

OV Meersburg:

Donnerstag, 28.04.2011, 20:00 Uhr.

Vorstandssitzung,

Ort: Gutsschänke, Seminarstr. 4, Meersburg

OV Überlingen:

Mittwoch 18.5.2011

parteiöffentliche Vorstand- und

Fraktionssitzung

Zeit: 19:00

Mitgliederversammlung

Zeit: 20:00

Thema: noch offen

Ort: **Nebenzimmer des Gasthauses**

Krone, Münsterstraße

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Was ist eigentlich daraus geworden?

Teil V

5. Prix Wasserfrau 2006 an an Jolanda Spirig verliehen

„Über 50 Gäste aus der gesamten Bodenseeregion hatten sich am Abend des 7. September im Rorschacher „Seerestaurant“ eingefunden, um der fünften Verleihung des „Prix Wasserfrau“ durch die „Sozialistische Bodensee-Internationale“ (SBI) beizuwohnen.

Als Preisträgerin des Jahres 2006 war von der Jury Jolanda Spirig aus Marbach im St. Galler Rheintal auserkoren worden.



Bild v. li.: Irene Thoma, Jolanda Spirig, Hildegard Fässler, Fredy Alder

Foto: J. Spirig

Jolanda Spirig hatte sich unter anderem einen Namen dadurch gemacht, dass sie Primarschullehrmittel im Hinblick auf eine geschlechtergerechte Sprache analysiert und öffentlichkeitswirksam gegen eine Frauen diskriminierende Werbung in den Medien protestiert hatte. Gegenwärtig führt die Preisträgerin und Mutter zweier Söhne eine Agentur für Öffentlichkeitsarbeit, ausserdem betätigt sie sich als Buchautorin. Am Tag nach der Verleihung des

„Prix Wasserfrau“ erschien im Zürcher „Chronos-Verlag“ ihr viertes Werk mit dem Titel „Widerpenstig. Zur Sterilisation gedrängt: Die Geschichte eines Pflegekinds.“

Die Laudatio auf Jolanda Spirig hielt SPS-Nationalrätin Hildegard Fässler (Grabs SG), Preisfigur und Preisgeld überreichte der Rorschacher alt Nationalrat und SBI-Präsident Fredy Alder. Bildhauerin Irene Thoma (St.Gallen) hatte zuvor die von ihr geschaffene Preisfigur hinsichtlich des gedanklichen Hintergrunds sowie der künstlerischen Fertigung vorgestellt. Dem offiziellen Festakt schloss sich ein gemütlicher Apéro auf der herrlichen Aussichtsterrasse des „Seerestaurants“ an, welchem ebenfalls zahlreiche Gäste beiwohnten.

W.B.

[So lautete der Bericht zur Preisverleihung 2006. Der Rote See has ist der Frage nach dem „Danach“ gefolgt und hat einen Brief der Preisträgerin erhalten:](#)

Nach dem Prix Wasserfrau

September 2006: Die Verleihung des Prix Wasserfrau fiel in eine turbulente Zeit, erschien doch in der gleichen Woche mein viertes Frauenbuch: „Widerpenstig zur Sterilisation gedrängt.“ Das Buch schlug Wellen. Die Protagonistin pendelte von Zeitungsinterview zu Fernsehtermin. Inzwischen verfolgt auch der „Schweizerische Beobachter“ das Thema Zwangssterilisationen. Ob es zur öffentlichen Entschuldigung für das begangene Unrecht kommt oder gar zu einer Entschädigung für die Betroffenen, steht noch nicht fest. Wiedergutzumachen ist die Tat nicht: Die heute 57-jährige Bernadette Gächter ist durch die Sterilisation kinderlos geblieben. Auch über Enkelkinder wird sie sich nicht freuen können.

Das fünfte Buch

Inzwischen arbeite ich an meinem fünften Buch. Immer dann, wenn mir meine PR-Agentur Zeit fürs freie Schreiben lässt. Erste Gelder sind gesprochen, ein Lotteriefondsbeitrag ist beantragt. Noch gilt es,

Stiftungen und SponsorInnen für das Projekt zu gewinnen, schliesslich kann frau von den AutorInnenhonoraren in der Schweiz nicht leben. Wer schreibend einen kulturellen Beitrag leistet, tut gut daran, sich auch um die Finanzierung zu kümmern.

„Die Schürzennäherinnen“

Das neue Buch passt in meine Reihe „Frauenberufe“, die 1995 mit „Fani. Ein Dienstmädchenleben“ begann. Es folgten (1998) die Erinnerungen der Krankenschwester Rosa Leuppi: „Kaffee mit Muttermilch“. Das aktuelle Buchprojekt trägt den Arbeitstitel „Die Schürzennäherinnen“. Es beleuchtet die Lebens- und Arbeitsbedingungen von acht ehemaligen Näherinnen im kleinen Rheindorf Kriessern. Zwischen 1946 und 1967 nähten sie Schürzen für Alice Kriemler-Schoch (1896-1972), Gründerin des bekannten St.Galler Couturehauses Akris. Ein eigenes Kapitel zeichnet das Leben von Alice Kriemler nach. Auch sie stammte aus einfachen Verhältnissen. Was hat sie dazu bewogen, 1922 ein Unternehmen zu gründen? Und warum war sie erfolgreich? Das Buch erscheint voraussichtlich im kommenden Jahr.

Engagement

Der Prix Wasserfrau wurde mir für meinen jahrelangen Einsatz für mädchenfreundliche Lehrmittel verliehen. Inzwischen haben die Schülerinnen die Schüler leistungsmässig überholt. Für Frauen engagiere ich mich weiterhin, als Medienbeauftragte der FrauenVernetzungsWerkstatt zum Beispiel und, ehrenamtlich, im Kernteam des Frauenforums Rheintal, das am Frauenstreiktag vor 20 Jahren gegründet wurde. Die Region Rheintal ist mir wichtig. Hier, wo ich wohne und arbeite, sollen Frauen auch weiterhin zusammenkommen, sich zu wichtigen Themen austauschen und ihre Meinung vertreten. Hier sollen aber auch Geschichten entstehen, die nicht nur hier, sondern auch anderswo gelesen werden.

Jolanda Spirig, Marbach SG, Schweiz,
www.medienarbeit.ch

Zwar hat die Jury des Prix Wasserfrau bisher noch keinen Mann als Preisträger nominiert. Vielleicht würde man dem folgenden Vorschlag mit einem Gegenvorschlag gerecht:

Männer, lobt einen „Prix Wassermann“ aus, sucht Sponsoren und wählt Männer aus, die sich besonders für die Gleichstellung der Frauen einsetzen. In dieser Hinsicht sind längst nicht alle Männer hinreichend emanzipiert!

Ob das Mitglied der „Die Linke“ und bekennender Gegner der SPD, Karl Schweizer, der geeignete Kandidat für den ersten Preis-träger dieser Art abgeben würde, ist zweifelhaft.

Die Redaktion

Prix Wasserfrau an Karl Schweizer

Gerne greift der SPD Ortsverein Lindau den Vorschlag von Willi Bernhard im „Roten Seehas“ auf, dem SPD-Ortsverein Lindau den Prix Wasserfrau 2011 für das Buch „Lindauer Frauengeschichte(n)“ zu verleihen.

Das Buch mit seinen 230 Seiten ist ein äußerst wertvoller Beitrag zur Lindauer Sozial- und Kulturgeschichte, in der Frauen einen ganz besonderen, wenig beachteten Beitrag geleistet haben. Es enthält u. a. die Kurzbiografien von drei Lindauer Sozialdemokratinnen.

Nun hat der SPD-Ortsverein nur herzlich wenig mit dem Buch zu tun. Der Preis sollte deshalb an den Autor und Herausgeber gehen, der es auch mit 17000 € finanziert hat. Es ist der in Lindau geborene Karl Schweizer, Lehrer in Friedrichshafen. Er ist hier als der Autor bekannt, der sich mit seiner Forschung und seinen Veröffentlichungen zur Geschichte Lindaus im 20. Jahrhundert einen Namen und bei manchen Lindauern, die unsere jüngste Geschichte lieber verdrängen wollen, keine Freunde gemacht hat. Er ist nicht Mitglied der SPD, was ja keinen Hinderungsgrund darstellt. Aber er ist ein Mann.

Nun weiß ich nicht, was in der Satzung des Prix Wasserfrau steht. Ich weiß nur, dass auch wir, d.h. der SPD-Kreisverband Lindau einmal von unseren Grundsätzen bezüglich der Verleihung des Sozialistenhuts abgewichen sind. Vor vielen Jahren wollten wir ihn Regine Hildebrand überreichen. Sie hat abgesagt und dabei nicht terminliche oder gesundheitliche Gründe angegeben, sondern ihre aus DDR-Zeiten stammende Abneigung gegen den Begriff „Sozialisten“.

Wir haben absichtlich nie jemanden den Sozialistenhut verliehen, der uns einmal abgesagt hatte. Deshalb hat Oskar Lafontaine ihn nie bekommen. Aber Regine haben wir den historischen Zusammenhang noch mal erklärt. Sie kam doch, und es wurde eine wundervolle Veranstaltung.

Hermann Dorf Müller

Weg von der Atomenergie – hin zu regenerativen Energien

Bregenz: Ein klares Votum für den raschen Ausstieg aus der Atomenergie und Forcierung der erneuerbaren Energien gaben die Vorstandsmitglieder der Sozialdemokratischen Parteien (SBI) rings um den Bodensee auf ihrer Sitzung in Bregenz ab.

SBI-Präsident Norbert Zeller: „Unsere amtkritische Haltung wird inzwischen von vielen Menschen geteilt. Es wird immer ein unkalkulierbares Restriktiko geben“. Einmütig fordern die Sozialdemokraten den forcierten Ausbau erneuerbarer Energien.

In diesem Zusammenhang unterstützt die SBI das Vorhaben der „Energieautonomie 2050“ in Vorarlberg, das die Energie, die dort benötigt wird, vollständig selbst produzieren möchte. Vizepräsidentin Olga Pircher aus Vorarlberg lobte dabei den parteiübergreifenden Konsens.

Einen positiven Effekt der Förderung erneuerbarer Energien sehen die SBI-Vorständler nicht nur in der verbesserten Energieeffizienz, sondern vor allem auch in der Schaffung zukunftsträchtiger Arbeitsplätze und einer regionalen Wertschöpfung. Gerade die kommunalen Stadtwerke seien in der Vergangenheit mit gutem Beispiel vorangegangen.

Weiterhin begrüßt die SBI den Stopp der Planung von drei Atomkraftwerken in der Schweiz und hofft, dass dieser Stopp von Dauer sein wird. Die Schweizer Nationalrätin Hilde Fässler fordert zusammen mit Vizepräsident Freddy Alder, dass andere Länder dem Schweizer Beispiel folgen sollten.

Einig waren sie die SBI-Vertreter, dass das Land Vorarlberg Vorbild für Energiefragen für andere Länder sein kann. Sei 1978 besteht Einigkeit über den „Atomverzicht“ im österreichischen Bundesland am Bodensee.

K-H-K



Rechnung 2010:

120 Millionen Franken besser als budgetiert

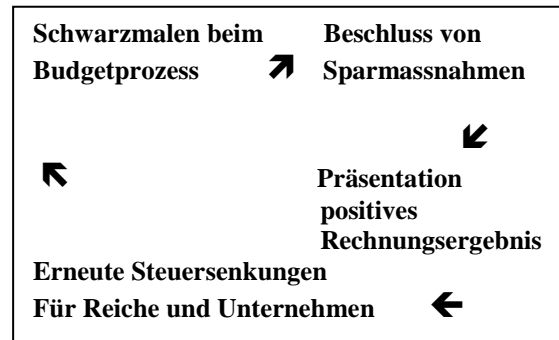
Die Rechnung 2010 des Kantons St.Gallen schliesst rund 120 Millionen Franken besser ab, als budgetiert. Einmal mehr zeigt sich: Die Finanzen des Kantons sind im Lot. Die Sparhysterie ist vollkommen unnötig! Die Regierung und die bürgerlichen Parteien verfolgen mit ihrer Fehlbudgetierung seit Jahren das gleiche Ziel: Unsicherheit verbreiten, so den Weg für unnötige Sparpakete bereiten und Kosten und Gebühren auf die gesamte Bevölkerung verschieben.

Die St.Galler Regierung hat heute die Rechnung 2010 präsentiert. Diese schliesst um 120 Millionen Franken besser als budgetiert. Von diesem Ergebnis zieht die Regierung die 45 Millionen Rückstellungen für das laufende Rechtsverfahren zum Lohndis-

kriminierungsfall des Pflegepersonals ab, was nicht budgetiert war, wodurch ein immer noch positives Ergebnis von 73.5 Millionen Franken erreicht wird.

Ruinöse bürgerliche Finanzpolitik

Die Verbesserungen sind erfreulich, doch hinterlassen sie einen bitteren Nachgeschmack, denn einmal mehr wird der Kreislauf der ruinösen bürgerlichen Finanzpolitik schonungslos offengelegt:



1.2 Milliarden Vermögen

Der Titel des regierungsrätlichen Communiqués „Freie Reserven sinken um 160 Millionen Franken“ ist absolut unverständlich und reine Augenwischerei, bedenkt man, dass der Kanton St.Gallen über 1.2 Milliarden Franken Vermögen verfügt.

Sparpaket war unnötig

Für die SP ist klar, dass die Regierung und der Kantonsrat auf die im Februar beschlossenen Sparmassnahmen zurückkommen müssen. Auch für das von den Parteien SVP, FDP und CVP im Kantonsrat geforderte zusätzliche Sparpaket von über 50 Millionen Franken besteht null Handlungsbedarf. Parteipräsidentin Claudia Friedl: „Nach diesem positiven Rechnungsabschluss ist auf den geplanten Raubbau beim Staatspersonal umso dringender zu verzichten.“

St.Gallen, 23. März 2011 Weitere Auskünfte:
 o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
 o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
 o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

St.Galler Ständeräte im Angriff auf die Rentner

Die beiden St.Galler Ständeratsmitglieder Eugen David (CVP) und Erika Forster (FDP) haben einen Frontalangriff auf die AHV gestartet. Vergangene Woche hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates auf Initiative von Forster und David beschlossen, das AHV-Frauenrentenalter auf 65 anzuheben und die Rentenleistungen weiter zu verschlechtern.

Die Kommissionsmehrheit aus CVP, FDP und SVP verabschiedeten Vorstösse, welche die Anhebung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre und eine weitere Kürzung der Renten vorsehen. Die SP des Kantons St.Gallen verurteilt den Angriff der beiden St.-

Galler Ständeräte auf die AHV. Gilt es doch zu bedenken, dass die AHV, die am besten finanzierte Sozialversicherung ist und eine Verschlechterung der Rentenleistungen keine Notwendigkeit darstellt.

Wechsel im Ständerat dringend

Das Verhalten von Forster und David zeigt eindrücklich auf, wie dringend ein Wechsel im Ständerat ist. Von den bisher bekannten St.Galler Ständerats-KandidatInnen, garantiert einzig Paul Rechsteiner die Verteidigung der Renten. Eine Heraufsetzung des Rentenalters kommt einer Rentensenkung gleich. Es ist eine Realität, dass 55jährige Personen, welche ihre Stelle verlieren, fast keine Chance mehr haben, eine neue Stelle zu finden. Zudem sind die RentnerInnen auf die regelmässige Anpassung ihrer AHV-Renten angewiesen, weil es bei den Pensionskassen keinen Teuerungsausgleich mehr gibt.

St.Gallen, 4. April 2011

Weitere Auskünfte:

- o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

SP fordert eine neue Energiepolitik

Die SP-Kantonsratsfraktion hat sich im Toggenburg auf die April-Session des Kantonsrates vorbereitet. Neben den ordentlichen Geschäften stand die Energiepolitik im Zentrum. Die SP wird verschiedene energiepolitische Vorstösse einreichen.

Mit einer Motion will die SP auf die Rolle des Kantons als Aktionär der grossen Stromkonzerne ansprechen und den konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien und den gestaffelten Ausstieg aus der Atomenergie verlangen. Von besonderer Wichtigkeit sind die Themen Energieeffizienz und – sparen. Auf die entsprechende Massnahme des Sparpakets muss zurückgekommen werden. Die SP wird noch diese Woche ausführlich über die geplanten Vorstösse informieren.

Vorzug Sanierung Berufsschulen nicht auf Kosten der Spitalinvestitionen

Die SP begrüsst den Bericht zur Entwicklung der st. gallischen Volksschule und nimmt auch den Bericht zur Strategischen Investitionsplanung für st.gallische Bildungseinrichtungen zur Kenntnis. Die Fraktion unterstützt grundsätzlich das Anliegen der vorberatenden Kommission, die Planung der Sanierung des Gewerblichen Berufs- und Weiterbildungszentren in St.Gallen und Rapperswil vorzuziehen. Das Bedürfnis nach der Sanierung dieser Schulen ist ausgewiesen. Die SP kritisiert aber die Haltung der bürgerlichen ParlamentarierInnen, die im Februar noch dem massiven Sparpaket und dem Investitionsdach von 180 Millionen zugestimmt hatten, und jetzt aus regionalpolitischem Interesse den Neubau der BZRA Rapperswil vorziehen wollen.

Andere dringend anstehenden Investitionen (z.B. im Spitalbereich) dürfen deswegen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Das Kostendach bei den Investitionen muss daher nochmals diskutiert werden, ebenfalls die Frage der Abschreibungspraxis. Nur so gibt es genügend Luft, um all die dringlichen Bauvorhaben umzusetzen.

Weiterer Handlungsbedarf bei Integration

Die SP würdigt den Bericht zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Kantons St.Gallen und stellt fest, dass das Thema Integration die Gemeinden und den Kanton weiterhin intensiv beschäftigen wird, sind es doch noch immer die Migrantinnen und Migranten, die überproportional von Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe und schlecht bezahlten Arbeitsstellen betroffen sind. Den Bereichen Schule und Gesundheit werden aus Sicht der SP im Bericht zu wenig Beachtung geschenkt. Präventive Massnahmen wären gerade in den beiden genannten Bereichen überaus wichtig.

SVA - Zusammensetzung Verwaltungskommission anpassen

Die SP ist vom Bericht der Staatswirtschaftlichen Kommission über die Sozialversicherungsanstalt des Kantons St.Gallen befriedigt, auch wenn er in vielen Teilen keine detaillierte Auskunft geben darf. Der Bericht stützt das von der Regierung eingeleitete Disziplinarverfahren gegen den ehemaligen SVA-Direktor Dermont. Die SP-Fraktion erwartet von der Regierung noch immer eine ausgewogene Zusammensetzung der Verwaltungskommission. Auch die Arbeitnehmenden sollen vertreten sein. So kann gewährleistet werden, dass die Verwaltungskommission ihrer Rolle als Aufsicht über die Geschäftsleitung besser nachkommen kann. Die SP Fraktion ist nach wie vor der Auffassung, dass die Finanzkontrolle, die Buchprüfung durchführen müsste.

St. Gallen, 11.04.2011

Weitere Auskünfte:

- o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Einstimmung auf den Wahlkampf

Die zwölf St.Galler Nationalratskandidierenden der SP haben sich im Toggenburg auf den Wahlkampf vorbereitet. Neben der politischen Arbeit kam auch der gesellige Teil nicht zu kurz. Die sechs Frauen und Männer sind parat für das Wahljahr.

Unterwasser --- Nach den neusten kantonalen Wahlen in Zürich, Aargau und Luzern, schaut die SP St.Gallen den kommenden Nationalratswahlen zuversichtlich entgegen. Die SP wird ihre beiden Sitze im Nationalrat verteidigen und im Ständeratswahlkampf ein gewichtiges Wort mitreden.



Bildlegende: (vlnr) Monika Simmler, Bettina Surber, Claudia Friedl, Hildegard Fässler (bisher), Barbara Gysi, Laura Bucher, Donat Ledergerber, Ruedi Blumer, Fredy Fässler, Joe Walser, Felix Gemperle. Auf dem Bild fehlt: Paul Rechsteiner (bisher)

Für alle statt für wenige

Zentraler Grundgedanke für den Wahlkampf ist die gemeinsame Botschaft, mit welcher die SP den Wählerinnen und Wählern ihre Werte vermitteln will. „Die SP wird an Wählerstärke zulegen, weil sie die Partei ist, die Politik für die ganze Bevölkerung macht“, ist Wahlkampfleiter Dario Sulzer überzeugt. **FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE.** Mit dieser Botschaft zeigt die SP, dass sie nicht Politik im Interesse von ein paar wenigen macht, sondern eine Politik für die ganze Bevölkerung.

Die Kandidierenden beschäftigten sich denn auch mit der Verknüpfung dieser Botschaft mit den Wahlkampfthemen. Severin Toberer vom Wahlkampfteam der SP Schweiz unterstützte die Genossinnen und Genossen auch mit Ideen zur Gestaltung des persönlichen Wahlkampfes.

Social Media im Wahlkampf

Die Anwendung von Facebook oder Twitter im Wahlkampf ist für die SP kein Neuland. Doch nutzen noch nicht alle Kandidierenden die neuen Möglichkeiten der sozialen Netzwerke. Der Input von SP-Mitarbeiter Ruben Schönenberger zeigte die Möglichkeiten und Grenzen von Social Media auf.

Miteinander Wahlkampf machen

Die zwölf Kandidierenden haben sich neben der politischen Arbeit aber auch als Team gestärkt und zeigen mit der Unterzeichnung eines Ehrenkodexes, dass sie zusammen Wahlkampf machen wollen und sich nicht als Konkurrenz sehen. Ausserdem sollen bei der SP nicht die persönlichen finanziellen Mittel ausschlaggebend sein für einen Wahlerfolg.

St.Gallen, 12. April 2011

Weitere Auskünfte:

- o Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien und der Stromeffizienz

Nicht erst seit Fukushima ist klar: Der Ausstieg aus der Atomenergie ist zwingend. Mit einer Reihe von energiepolitischen Vorstössen präsentiert die SP-Kantonsratsfraktion ihre Strategie für eine neue St.Galler Energiepolitik. Von besonderer Wichtigkeit sind die erneuerbaren Energien und die Stromeffizienz.

Die SP setzt sich seit langem für die Förderung der erneuerbaren Energien und den effizienten, ökologischen und sparsamen Umgang mit unseren Energien ein. Nach der atomaren Katastrophe von Fukushima ist nun wohl allen klar, dass der Ausstieg aus der Atomenergie zwingend ist. Je schneller, desto besser. Die Atomenergie birgt enorme Risiken, der Abbau der Radioaktivität dauert Jahrhunderte und die Entsorgung des radioaktiven Abfalls nach wie vor ein ungelöstes Problem.

Das Ende der Atomstromproduktion naht aber auch aus ökonomischen Gründen. Die Verbesserung der Sicherheitssysteme, die Einhaltung der Sicherheitsstandards sowie die hohen, aber dennoch ungenügenden Versicherungskosten werden den Atomstrom enorm verteuern. Spezialisten rechnen mit einer Verdreifachung der Stromerstellungskosten. Auf der anderen Seite sinken die Entstehungskosten für die neuen erneuerbaren Energien laufend. So haben sich die Kosten bei der Fotovoltaik in den letzten 10 Jahren mehr als halbiert. Wenn mehr in die erneuerbaren Energien investiert wird, wird sich dieser Trend noch verstärken.

SP-Initiative kurz vor der Einreichung

Vor Jahresfrist lancierte die SP Schweiz die Cleantech-Initiative. Demnächst wird diese eingereicht werden. Die Initiative fordert eine Energieversorgung, die bis 2030 mindestens zur Hälfte auf erneuerbaren Energien basiert. Das bedeutet, dass bis 2030 der Strom zu 100% aus erneuerbaren Quellen produziert werden muss. Die SP verfolgt im Bereich Strom für die ganze Schweiz folgende drei Strategien:

- Stromproduktion Wasser Inland: 36 TWh (Terra-wattstunden)
- Zubau erneuerbare Energien: 20 TWh bis 2025
- Effizienzsteigerung: 12 TWh bis 2025

Der jährliche Stromverbrauch beträgt heute in der Schweiz 63.5 TWh. Die Schweizerische Agentur für Energieeffizienz (S.A.F.E) schätzt, dass jährlich 18 TWh Strom eingespart werden könnten, was fast einem Drittel des Verbrauchs entspricht.

Verschiedene Studien zeigen: Investitionen in neue erneuerbare Energien und Effizienzmassnahmen schaffen viel mehr Arbeitsplätze als wenn in AKW investiert würde. McKinsey geht in ihrer Studie „Wettbewerbsfaktor Energie – Chancen für die Schweizer Wirtschaft“ bis 2020 von über 25'000

zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Schweiz aus: 11'000 durch mehr Energieeffizienz plus rund 15'000 durch Wachstumschancen in neuen Märkten. Die Studie rechnet konservativ und geht von der heutigen Situation aus in der die Förderung der erneuerbaren Energien erst in den Anfängen steckt.

Grosser Nachholbedarf im Kanton St. Gallen

Im Vergleich mit anderen Kantonen verbraucht der Kanton St.Gallen besonders viel Atomstrom und unternimmt besonders wenig für die Förderung erneuerbarer Energien. Das muss jetzt endlich ändern. Basel Stadt gilt hier als Vorbild. Seit 30 Jahren verwendet der Stadtkanton keinen Atomstrom mehr und es ist dem Kanton verboten, sich an Gesellschaften zu beteiligen, die Atomstrom herstellen. Aber auch der Kanton Thurgau hat gegenüber St. Gallen bei der Förderung von erneuerbaren Energien die Nase deutlich vorn.

Die SP-Fraktion wird in der kommenden Aprilsession mehrere Vorstösse zur Energiezukunft einreichen. „Als Sofortmassnahme müssen die zwei im Februar beschlossenen Sparmassnahmen im Bereich Energieförderung rückgängig gemacht werden!“ sagt Kantonsrat Blumer, Gossau. Dazu wird eine dringliche Motion eingereicht, die die Regierung beauftragt, die Massnahmen 41 und 42 des Sparmassnahmenpakets auszusetzen und die ursprünglich vorgesehenen Beiträge im Voranschlag 2012 sowie in der Finanzplanung aufzunehmen. Es geht um Fördergelder von 2.5 Millionen Franken im Jahre 2012. Für die Jahre 2013-2016 soll die Kürzung des Energieförderprogramms um 10 Millionen Franken rückgängig gemacht werden.

SP fordert Atomausstieg

Kantonsrat Gemperle, Goldach, erklärt: „Der Kanton muss gestaffelt aber konsequent aus der Atomstromnutzung aussteigen und auf erneuerbare Energien umsteigen, was auch attraktive neue Arbeitsplätze generieren wird.“ Denn erst durch die Nachfrage nach energieeffizienten Produkten werden technische Innovationen ausgelöst. Als Beispiel dient die Weiterentwicklung und Produktion von Dünnschichtpanels bei Oerlikon Solar in Trübbach SG. Das entspricht exakt den Anliegen der Cleantech-Initiative. Die heutige starke Abhängigkeit unseres Kantons von Atomstrom muss rasch abgebaut werden.

Mit einer dritten Motion will die SP erreichen, dass das Energiekonzept und das Energiegesetz den Realitäten nach Fukushima angepasst werden. Es müssen entschlossener Sparanstrengungen unternommen werden und Anreize geschaffen werden, damit das im kantonalen Energiekonzept formulierte Ziel der 2000 Watt-Gesellschaft innert längstens 30 Jahren erreicht werden kann. Dazu ist die Bereitstellung von erheblichen Fördermitteln nötig. Als Massstab soll der Kanton Thurgau gelten, der die Reduk-

tion der Bundesmittel kurzerhand durch das Einschliessen einer zusätzlichen Million an Fördergeldern kompensierte. Gerne ruft die SP in Erinnerung, dass im Energiekonzept als Hauptziele bis 2020 folgendes festgeschrieben ist: Steigerung der Energieeffizienz im Gebäudebereich und in der Elektrizitätsanwendung sowie vermehrte Produktion und Nutzung erneuerbarer Energieträger.

Stärkere Förderung von Solarpanels

„Mit einer Solarpanel-Offensive wollen wir der Photovoltaik zum Durchbruch verhelfen“, hält SPKantonalpräsidentin und Kantonsrätin Friedl, St.Gallen, fest. Die dezentrale Energieerzeugung auf Dächern und entlang von Autobahnen und Eisenbahnen macht unabhängiger und ist ökologisch. Vorarlberg und Süddeutschland sind uns da meilenweit voraus. Auf Häusern, die nicht unter Heimatschutz stehen, sollen Solarpanels zum Normalfall werden, das sensibilisiert uns für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Energie. Mit einer Vorfinanzierung der Bundesbeiträge für die blockierten KEV-Projekte und Einspeisevergütungen für weitere Solaranlagen soll der Kanton St.Gallen eine Solarpaneloffensive starten, mit dem Ziel, dass in spätestens 10 Jahren pro Einwohner/in 10 m2 Photovoltaikpanels installiert sind.

St.Gallen, 14. April 2011

Weitere Auskünfte:

- o Claudia Friedl, Kantonsrätin,
- o Ruedi Blumer, Kantonsrat
- o Felix Gemperle, Kantonsrat

SP Kanton Thurgau:

Neuwahlen zum Stadtparlament in Arbon

Am 20.März ist das Stadtparlament in der Thurgauer Bodensee-Uferstadt Arbon neu gewählt worden. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erzielten dabei einen grossen Erfolg. Sie sind mit 10 Sitzen von 30 insgesamt wieder die eindeutig grösste Fraktion, weit vor der rechtsbraunen SVP, den Liberalen (FDP), der CVP und der EVP. Die Wahlbeteiligung: 29,25 Prozent.

Eindeutiger „Stimmenkönig“ unter allen Kandidatinnen und Kandidaten mit 1 718 Stimmen ist **Peter Gubser**, früher Präsident der Sozialdemokratischen Partei im Kanton Thurgau. Der Rote Seehas gratuliert Peter und der ganzen SP Arbon recht herzlich zu diesem tollen Erfolg! Die SP-Sektion wird mit ihren neu gewählten Ratsmitgliedern dafür sorgen, dass die bis zum Jahr 2025 stark anwachsende Bevölkerung (bis 15 700 Einwohner/innen sind erwartet, 2 200 mehr als jetzt) in sozial gerechten und ökologisch verantwortbaren Lebensverhältnissen wohnen und arbeiten kann.

W. Bernhard

Komplementärmedizin in den Thurgauer Spitälern?!

Das Thurgauer Komitee „Zukunft mit Komplementärmedizin“ lädt Sie zum öffentlichen Referat ein. Dienstag, 19. April 20.10 Uhr, Restaurant Café Hirt im Rhyhof, Frauenfeld.

Komplementärmedizin in den Thurgauer Spitälern?!

Referat und Diskussion mit:

Klaus Buchholz, Kreuzlingen, Allg. Medizin FMH
Fähigkeit FMH Akupunktur-TCM

Klaus Buchholz ist zuständig für die TCM-Sprechstunde am Kantonsspital Münsterlingen. Er berichtet über die alltägliche Situation am Spital, was ist und was nicht ist. Wir freuen uns auf Ihren Besuch. Edith Graf-Litscher, Präsidentin Thurgauer Komitee „Zukunft mit Komplementärmedizin.“

Freundliche Grüsse

Edith Graf – Litscher, Nationalrätin
Präsidentin Thurgauer Komitee:
Zukunft mit Komplementärmedizin

SP Appenzell-Ausserrhoden, SP Kanton Zürich:

03.04.2011

Zuwachs der SP Ausserrhoden

Leicht gestärkt geht die Sozialdemokratie aus der Kantonsratswahl in Appenzell Ausserrhoden am 3. April hervor. Aufgrund des Wahlsystems, welches den Kanton in 20 mit den Gemeinden identische Wahlkreise einteilt, die bis auf Herisau nach dem Mehrheitswahlrecht abstimmen, haben es die kleineren Parteien sehr schwer, Sitze zu erringen. Umso beachtlicher erscheint der sozialdemokratische Sitzzuwachs von vier auf fünf Sitze, der auf einem Zugewinn in Speicher beruht. In diesem Viererwahlkreis errang die SP zwei Mandate. Die vier amtierenden Kantonsräte werden zudem wiedergewählt, ebenso zwei der bisherigen SP-Fraktion angehörende Parteiunabhängige.

Grösste Partei im 65-köpfigen Kantonsrat bleibt der Freisinn mit 22 Sitzen, zwei Sitze können aufgrund der Verfehlung des absoluten Mehr noch nicht besetzt werden, dies geschieht dann in einem zweiten Wahlgang am 15. Mai.

SP Zürich verteidigt vakanten Regierungsratsitz

Nachdem die SP an diesem Wahlsonntag zudem den vakanten Regierungsratsitz im Kanton Zürich mit einem Spitzenresultat verteidigen und ihren Besitzstand bei den Kantonsratswahlen durch Zugewinne in der Stadt Zürich nahezu wahren kann, darf

die eidgenössische Sozialdemokratie den National- und Ständeratswahlen am 23. Oktober zuversichtlich entgegenblicken.

Aus:

SBI



BürgerInnen sparen clever - eine Kampagne der SPÖ Vorarlberg

Erzählen Sie uns, wo Geld verschwendet wird, in welchen Bereichen der Gemeinde- und Landesverwaltung es mehr Bürgernähe braucht oder wo Einsparungen möglich sind.



Alle reden vom Sparen. Was für die allermeisten Gemeinden unseres Landes gilt, dass sie nämlich am Rande der Belastbarkeit angelangt sind, gilt auch für die Landes- und Bezirksverwaltungen.

Die Finanzierung der öffentlichen Verwaltung belastet die Budgets. **Bezahlen müssen die Steuerzahler.** Dennoch sind die Ideen zu Einsparungen auf allen Gebieten der Verwaltungen in Vorarlberg „enden wollend“. Manche BürgerInnen haben den Eindruck, dass immer nur dort gespart werden soll, wo es andere – in diesem Fall den Bund – trifft. Was liegt also näher, als sich die unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung etwas genauer anzusehen, um allfällige Möglichkeiten von Einsparungen herauszufinden.

Dazu wollen wir Sie befragen. Wir laden Sie auch ein, eigene Vorstellungen zu präsentieren oder von Ihren Erfahrungen zu berichten. **Erzählen Sie uns, wo Geld verschwendet wird,** in welchen Bereichen der Gemeinde- und Landesverwaltung es mehr Bürgernähe braucht oder wo Einsparungen möglich sind.

Ihre Vorschläge werden erfasst, im Anschluss mit Expertinnen und Experten diskutiert und auf ihre Umsetzbarkeit überprüft. Vielleicht wird in naher Zukunft schon einer Ihrer Vorschläge in die Tat umgesetzt und hilft so, die Servicequalität zu erhöhen und Steuermittel zu sparen.

[An der Umfrage teilnehmen.](#)

Fragebogen als [PDF](#).

Folder der Kampagne als [PDF](#).

SPÖ-Express, 01.04.2011

Land „flunkert“ in Sachen Energieautonomie

SPÖ-Energiesprecherin Jäger-Fischer:

„Warum hält sich das Land an die eigenen Vorgaben bei Energiestandards nicht?“

„Die Energieautonomie 2050 wurde von allen Fraktionen des Vorarlberger Landtages mitgetragen und ist vollumfänglich zu begrüßen. Auch die jüngst präsentierte Informationskampagne trägt unseres Erachtens zur Erreichung dieses ambitionierten Zieles bei und wird deshalb unterstützt. Dennoch muss man auch sagen, dass das Land Vorarlberg selbst in dieser Frage flunkert“, meint SPÖ-Energiesprecherin LAbg. Mirjam Jäger-Fischer zur heute präsentierten Kampagne.

Jäger-Fischer erinnert diesbezüglich daran, dass zahlreiche Gebäude, die im Eigentum des Landes Vorarlberg stehen, bei Weitem nicht den energetischen Vorgaben, die in den Wohnbauförderungsrichtlinien verankert sind, entsprechen. So sei beispielsweise das gemietete neue Gebäude der Bezirkshauptmannschaft Bregenz Informationen zufolge nicht im Passivhausstandard gebaut. Von Privaten und den gemeinnützigen Bauvereinigungen verlange man das aber zum Teil, so Jäger-Fischer.

Die SPÖ-Energiesprecherin ortet deshalb beim Land Vorarlberg selbst nur eine sehr eingeschränkte Vorbildwirkung. Dazu hält sie fest: „Man kann nicht Wasser predigen und Wein trinken. Das Land muss Vorbild sein und wenigstens die eigenen Gebäude energetisch auf Vordermann bringen bzw. Neubauten mit dem höchsten energetischen Standard zu errichten.“

SPÖ-Express, 01.04.2011

ÖVP blockiert bei Minderheitenrechten weiter

SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch:

„Absage an den Ausbau der Minderheitenrechte im Landtag ist zu erwarten gewesen; ÖVP scheut Kontrolle wie der Teufel das Weihwasser“

„Es war leider zu befürchten, dass die ÖVP zu einem Mehr an Kontrollrechten im Vorarlberger Landtag Nein sagen würde. Sogar der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier hat ausdrücklich deponiert, dass Vorarlberg in diesem Bereich Nachholbedarf habe. Die ÖVP aber scheut die Kontrolle wie der Teufel das Weihwasser“, reagiert SPÖ-Clubob-

mann Michael Ritsch auf die ablehnende Haltung der ÖVP zu einem Ausbau der Minderheitenrechte im Vorarlberger Landtag.

Wenn nun der schwarze Klubobmann Rainer Gögele meine, dass gerade der Fall Cain die Kontrolleffizienz im Land Vorarlberg bewiesen habe, liege er falsch. Denn der Fall Cain habe eindeutig belegt, dass eine Untersuchungskommission die einzig sinnvolle Einrichtung sei, um politische und behördliche Verantwortlichkeiten zu klären. Dazu Michael Ritsch: „In Vorarlberg kontrolliert sich die Regierung selbst. Da darf man schon einmal die Frage stellen, inwieweit modernen demokratischen Grundsätzen entsprochen wird. Auf alle Fälle hätte nur die Untersuchungskommission Zeugen laden, Beweisaufnahmen durchführen und Akten von allen Institutionen bekommen können. Um einen ungefilterten Blick in die tatsächlichen Vorgänge zu haben.“

Es wird also alles beim Alten bleiben. Die ÖVP werde weiterhin in diesem Land schalten und walten können, wie sie wolle und sich dabei selbst kontrollieren. Dieses Verhalten kommentiert der SPÖ-Clubobmann abschließend so: „Natürlich hat die ÖVP Angst, es könnte irgendwann einmal etwas ans Tageslicht kommen. Und natürlich ist die ÖVP dafür verantwortlich, da sie seit 1945 in diesem Land tun und lassen kann, was sie will. Genau deshalb will sie keine transparente Kontrolle.“

SPÖ-Express, 15.04.2011

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Equal Pay Day:

Frauen verdienen mehr - bekommen aber weniger

Anlässlich des Equal Pay Days am 25. März erklärt die Ulmer ASF-Kreisvorsitzende Andrea Schiele „Deutschland gehört zu den Spitzenreitern in vielen Bereichen, aber auch beim Lohngefälle zwischen Frauen und Männern. Die Differenz beträgt europaweit 23 %, in Baden-Württemberg sogar 28,5 Prozent. „Größer sind die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede innerhalb der europäischen Union nur noch in Estland, Zypern und der Slowakei“ so Heidi Ankner, SPD Kreisvorsitzende in Alb-Donau.

Das liegt zum einen an den Gehältern in den klassischen Frauenberufen, z.B. in der Pflege oder Erziehung, wo wesentlich geringere Löhne bezahlt werden als in klassischen Männerberufen. Doch auch beim Stundenlohn liegen Frauenlöhne hinter denen von Männern. Andrea Schiele weist auf eine

Studie der Hans-Böckler-Stiftung hin die belegt, dass auch das Einstiegsgehalt von jungen Akademikerinnen bei gleicher oder sogar noch besserer Qualifikation im Durchschnitt weniger als das ihrer männlichen Kollegen beträgt.

Die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis verdeutlicht: „Das Grundgesetz gibt vor, dass Männer und Frauen gleich zu behandeln sind, ein Antidiskriminierungsgesetz ist inzwischen auch verabschiedet und dennoch stimmt die Realität damit noch nicht überein.“ Das spiegelt auch der Anteil von Frauen in Führungspositionen wieder. Und dies nicht nur in der Privatwirtschaft, in der die SPD – Frauen die Einführung einer Quote von 40 % Frauen in den Führungsetagen fordern, sondern auch im öffentlichen Dienst, wo gutdotierte Positionen überwiegend mit Männern besetzt sind – hier ist noch viel zu tun.

Es ist nicht einzusehen, warum ein Stahlarbeiter, der fünf Kilo Stahl mit einem Stapler von A nach B transportiert, mehr verdient als eine Erzieherin, die fünf Kilo zappelnden Mensch trägt. Die SPD Frauen unterstützen daher den Equal Pay Day mit einem Infostand am Samstag, dem 26. März 2011 in der Hirschstraße. Sie stehen dort für die Abschaffung dieser Ungerechtigkeiten und fordern „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“
24.03.2011 **Büro Hilde Mattheis, MdB**

An die Mitglieder von Ortsvereins- und Kreisvorständen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das Fritz-Erler-Forum, Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung, führt in seiner Reihe "Bürgerakademie" in den nächsten Wochen drei Seminare durch, die ich euch sehr empfehlen möchte und die für die Arbeit von Ortsvereinen, Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften hilfreich sein können:

13. - 14. Mai:

"Teilhabe und Mitmischen - Aktive MigrantInnen als Rollenvorbilder und Brückenbauer". In diesem Seminar geht es darum, Menschen mit Migrationshintergrund zu motivieren und zu befähigen, mehr Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen. Bitte spricht solche Menschen in eurem Ortsverein auf das Seminar an und ladet sie ein.

Ort: Herrenberg-Gültstein

Seminarteam: Dagmar Neubert-Wirtz und Yeliz Ayvaz.

Kamingast: Macit Karaahmetoglu

20. -21. Mai:

Lebendig und lebensnah -Wie bewegt man Menschen, sich in Vereinen zu engagieren?

Ort: Herrenberg-Gültstein

Seminarteam: Dagmar Neubert-Wirtz und Claudia Sünder

1. - 2. Juli:

Bürger einbeziehen und begeistern – Moderationstechniken zu mehr Bürgerbeteiligung

In diesem Seminar geht es darum, Veranstaltungsformen kennenzulernen und zu erproben, bei denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich besser einbringen können und mehr Spaß haben als in herkömmlichen Veranstaltungen.

Seminarteam: Sonja Elser und Hans-Peter Alter

Ort. Ver.di-Bildungsstätte Mosbach

Der Teilnehmerbeitrag beträgt pro Seminar 50,00€
Anmeldungen bitte direkt an:

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg, Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
Werastraße 24, 70182 Stuttgart
Silvia Wittig
Silvia.Wittig@fes.de
0711 / 24 83 94-47, Fax 0711 / 24 83 94 50

Ich würde mich freuen, wenn ihr von diesem Angebot zahlreich Gebrauch macht. Bei Rückfragen wendet euch bitte an mich.

Schöne Grüße

Frank Gloel

SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Referat Innerparteiliche Bildung

Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart

Tel. (0711)61936-51, Fax. (0711) 61936-48

mobil 0162 6199475

frank.gloel@spd.de

www.spd-bw.de

BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

Europafest in Lindau

Am Samstag, den **21. Mai** um **15 Uhr** treffen sich alle Roten Seehasen aus der Schweiz, aus Vorarlberg, aus Baden Württemberg und aus Bayern beim **Europa-Fest des SPD- Unterbezirks Allgäu** in **Lindau** beim **Alten Rathaus** auf der Insel. Die Lindauer GenossInnen freuen sich auf Euren Besuch!

Danke!

Mit freundschaftlichen Grüßen

Hermann Dorfmueller

Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion

Freitag, 15. April 2011

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt":

- Energiewende jetzt

Die Themen:

- Fuer einen breiten Konsens in der Energiepolitik
- SPD bekräftigt Forderung nach Mindestlohn
- Bundestag beraet ueber Praeimplantationsdiagnostik
- Schutz vor Verkehrslaerm
- Potenziale des Alters staerken
- Marshallplan fuer den Mittelmeerraum
- Nationaler Aktionsplan fuer Frieden und Sicherheit
- Zukunftsentwurf fuer Deutschland

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier:

- Schwarz-Gelb lehnt Einsetzung eines Sonderausschusses zum Atomausstieg ab

Veranstaltungen:

- Girls' Day im Bundestag
- Flagge zeigen fuer die maritime Wirtschaft

Video/Foto:

- Rede Frank-Walter Steinmeier
- Rede Anette Kramme
- Rede Sigmar Gabriel
- Pressestatement Frank-Walter Steinmeier
- Fotos der Veranstaltung "Girls'Day" 2011
- Fotos der Veranstaltung Leitmaerkte-Fachkonferenz "Maritime Wirtschaft"

Veroeffentlichungen:

- Faltblatt: Missbrauch der Leiharbeit bekaempfen

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt"

Energiewende jetzt

Die SPD-Bundestagsfraktion hat ein detailliertes Energiekonzept erarbeitet. Wir zeigen, wie die Ziele der CO2-Reduzierung und der Erhoehung des Anteils Erneuerbarer Energien zu erreichen sind. Wir fordern die Einsetzung eines Sonder-Ausschusses Atomausstieg und Energiewende. Die permanente Umgehung und Missachtung des Deutschen Bundestages durch die schwarz-gelbe Koalition muss ein Ende haben.

Mehr:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56477,00.html

Die Themen

UMWELT/ENERGIE

Fuer einen breiten Konsens in der Energiepolitik - SPD legt Programm fuer Energiewende vor

Die SPD-Fraktion hat ein umfassendes Programm fuer eine nachhaltige, bezahlbare und sichere Energieversorgung vorgelegt - und fordert fuer die Beratungen ueber einen beschleunigten Atomausstieg und die Zukunft der Energiepolitik einen Sonderausschuss des Bundestages. SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier kritisierte die permanente Umgehung des Parlaments durch Schwarz-Gelb. Union und FDP fehle die Glaubwuerdigkeit, eine tragfaehige Energiewende einzuleiten.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56583,00.html

ARBEIT

SPD bekräftigt Forderung nach Mindestlohn - SPD fordert Regeln gegen Lohn- und Sozialdumping

Im Vorfeld der vollen EU-Arbeitnehmerfreizuegigkeit zum 1. Mai hat die SPD-Fraktion ihre Forderung nach einem flaechendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland bekräftigt. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Anette Kramme sagte, Deutschland sei auf die

Arbeitnehmerfreizuegigkeit nicht vorbereitet, um Lohn- und Sozialdumping wirksam vorzubeugen. Fuer die SPD gehoert dazu neben dem Mindestlohn vor allem die Maxime "gleicher Lohn fuer gleiche Arbeit".
Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56572,00.html

GESUNDHEIT

Bundestag beraet ueber Praeimplantationsdiagnostik - Gentests an Embryonen zulassen oder verbieten?

Drei Stunden lang debattierte der Bundestag am Donnerstag ueber die gesetzliche Regelung der Praeimplantationsdiagnostik (PID). In der von grossem Ernst gepraeagten Debatte tauschten Befuerworter wie Gegner einer begrenzten Zulassung von Gentests an kuenstlich erzeugten Embryonen ihre ethischen und moralischen Argumente aus. Drei Gruppen von Abgeordneten hatten jeweils fraktionsuebergreifende Gesetzentwuerfe eingebracht.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56553,00.html

VERKEHR

Schutz vor Verkehrslaerm - SPD fordert neuen Infrastrukturkonsens

Verkehrslaerm ist die Kehrseite unserer Mobilitaet - und ein gravierendes gesellschaftliches Problem. Die Menschen haben einen Anspruch auf Schutz vor Verkehrslaerm. Ohne eine deutliche Reduzierung der Laermbelaestigung wird sich die Akzeptanz fuer notwendige Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur kaum gewahrleisten lassen.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56559,00.html

FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND

Potenziale des Alters staerken - Mehr Teilhabe durch Bildung und buergerschaftliches Engagement ermoeeglichen

Aeltere Menschen verfuegen ueber Kompetenzen und Potenziale, die fuer unsere Gesellschaft einen unschaetzbaren Wert darstellen. In einem Antrag spricht sich die SPD-Bundestagsfraktion dafuer aus, lebenslanges Lernen und das buergerschaftliche Engagement von aelteren Menschen besser zu unterstuetzen. Ziel ist es, die Chancen von Aelteren auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu staerken.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56534,00.html

AUSSENPOLITIK

Marshallplan fuer den Mittelmeerraum - SPD-Fraktion fordert Umdenken der deutschen und europaeischen Politik

Die SPD-Fraktion fordert einen Neustart der deutschen und europaeischen Politik gegeneueber der Mittelmeerregion. Die historischen Umbrueche in Nordafrika verlangen nach einem neuen Ansatz, um die Demokratisierung und den Umbau der arabischen Staaten und Gesellschaften kraftvoll zu unterstuetzen. In einem Antrag schlagen die Sozialdemokraten einen Marshallplan fuer Demokratisierung und Modernisierung im Mittelmeerraum vor.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56545,00.html

MENSCHENRECHTE UND HUMANITAERE HILFE

Nationaler Aktionsplan fuer Frieden und Sicherheit - SPD draengt auf Umsetzung der UN-Resolution zum Schutz von Frauen in Gewaltkonflikten

Die SPD-Fraktion setzt sich fuer einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Resolution 1325 "Frauen, Frieden, Sicherheit" ein. Die Resolution fordert die politische Teilhabe von Frauen vor allem in Friedensprozessen sowie den Schutz von Frauen vor Gewalt. Ein Nationaler Aktionsplan soll die "in der Resolution beschriebenen Verpflichtungen in Deutschland umsetzen", heisst es in dem Antrag, den die SPD gemeinsam mit den anderen Oppositionsfraktionen eingebracht hat.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56542,00.html

THEMENUEBERGREIFEND

Zukunftsentwurf fuer Deutschland - SPD-Fraktion erarbeitet Modernisierungskonzepte

Die SPD-Bundestagsfraktion hat mehrere Projekte beschlossen, um im Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen Antworten auf zentrale Zukunftsfragen zu erarbeiten. "Das Land braucht wieder eine seriöse Regierung", sagte SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Die SPD-Fraktion werde "im offenen Dialog mit der Wirtschaft, mit Gewerkschaften, mit Intellektuellen, Kreativen und Engagierten fundierte Politik" entwickeln - und die Uebernahme der Regierungsverantwortung vorbereiten.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56491,00.html

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier

Schwarz-Gelb lehnt Einsetzung eines Sonderausschusses zum Atomausstieg ab - Koalition verschenkt Zeit, anstatt schnell und im Parlament eine Loesung zu beraten

Frank-Walter Steinmeier zeigte sich in seinem Pressestatement erstaunt, dass die Koalition nicht ueber genügend Selbstbewusstsein verfuege, um fuer einen breiten Konsens in den draengenden energiepolitischen Fragen im Bundestag zu sorgen. Er forderte erneut ein, die durch Fukushima anstehenden wichtigen energiepolitischen Entscheidungen durch parlamentarische Beratungen gemeinsam im Parlament zu entscheiden.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56501,00.html

Veranstaltungen

Girls' Day im Bundestag - Mehr Frauen in die Politik

Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. In der Politik brauchen wir mehr Frauen. Deshalb beteiligte sich die SPD-Bundestagsfraktion auch in diesem Jahr wieder am bundesweiten Girls' Day. 70 Schuelerinnen aus ganz Deutschland verbrachten auf Einladung der SPD-Fraktion einen Tag im Bundestag.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56586,00.html

Flagge zeigen fuer die maritime Wirtschaft - Maritime Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 7. April 2011 nach Berlin eingeladen, um ueber die Chancen fuer diese Schluesselbranche in Deutschland zu diskutieren und die Segel fuer die Zukunft zu setzen. An der Konferenz die auf Initiative der Arbeitsgruppen Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie Wirtschaft und Technologie im Reichstagsgebaeude stattfand, nahmen rund 170 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Gewerkschaften, Betriebsraeten, aus Behoerden, Wissenschaft, Unternehmen und Politik teil.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56078,00.html

Video/Foto

Fuer einen breiten Konsens in der Energiepolitik Rede von Frank-Walter Steinmeier

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/user/spdfraktion?feature=mhum#p/u/0/_j2wyp7Xxc8

Regeln gegen Lohn- und Sozialdumping

Rede von Anette Kramme

Video ansehen ...:

<http://www.youtube.com/user/spdfraktion?feature=mhum#p/u/1/AKg9DIKpN6s>

Deutschland braucht den Mindestlohn

Rede Sigmar Gabriel

<http://www.youtube.com/user/spdfraktion?feature=mhum#p/u/2/JE0noGPqGoY>

Schwarz-Gelb lehnt Einsetzung eines Sonderausschusses zum Atomausstieg ab Pressestatement Frank-Walter Steinmeier

<http://www.youtube.com/user/spdfraktion?feature=mhum#p/u/3/1oyUM3a-knU>

Fotos der Veranstaltung "Girls'Day" 2011

<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157626370636329/>

Fotos der Veranstaltung Leitmaerkte-Fachkonferenz "Maritime Wirtschaft"

<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157626349516781/>

Veroeffentlichungen

- Faltblatt: Missbrauch der Leiharbeit bekaempfen Gute Arbeit statt unsicherer Beschaeftigung
(12 Seiten, April 2011)

Faltblatt ansehen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14488,00.pdf

Dieses und weitere Veroeffentlichungen koennen Sie bei uns kostenlos bestellen oder/und als PDF laden:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

Mit freundlichen Gruessen

webteam@spdfraktion.de

Neuer Vorstand des Kreisverbandes Bodensee



Foto von links: Leon Hahn, Dietram Hoffmann, Gazi Sorhun, Daria Napolano, Dieter Stauber, Gabi Pferd, Norbert Zeller, Christian Gospodarek, Hans Klein, Adnan Sabah, Yvonne Bernard, Malik Meddur, Sonja Schuster

Foto: Georg Wex

1. MAI 2011

DAS IST DAS MINDESTE



DGB

FAIRE LÖHNE GUTE ARBEIT SOZIALE SICHERHEIT

**Maikundgebung in Friedrichshafen
Musikmuschel, Uferpromenade**

Sonntag, 1. Mai 2011, 11:00 Uhr

Begrüßung: ***Enzo Savarino***,

IG Metall, Friedrichshafen-Oberschwaben

Es spricht: ***Gerhard Wick***, IG Metall,

Bezirksleitung Baden-Württemberg

Musik: ***„Dicke Fische“***

Kultur und Kulinarisches

Speisen und Getränke

Infostände

☺ Kinderprogramm ☺

Das Atomzeitalter ist zu Ende

Sofortprogramm für eine Energiewende



Die Katastrophe in Japan markiert eine Zeitenwende: Das Atomzeitalter ist zu Ende. Deutschland muss zurück zu seiner Vorreiterrolle und konsequent aus der Atomenergie aussteigen. Wir müssen jetzt mit aller Kraft den Umstieg auf erneuerbare Energien, auf mehr Energieeffizienz und auf moderne Kraftwerke vorantreiben. Es darf keine Rückkehr zur Atomkraft mehr geben.

Die Energiewende muss kommen

Um eine glaubwürdige Energiewende einzuleiten, sind unter anderem folgende Voraussetzungen notwendig:

- Die acht ältesten und gefährlichsten Atomkraftwerke müssen dauerhaft abgeschaltet werden – nicht nur für drei Monate, wie die schwarz-gelbe Bundesregierung plant. Damit die Abschaltung rechtlich abgesichert ist, muss der Bundestag ein Abschaltgesetz verabschieden.
- Die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, die CDU/CSU und FDP beschlossen haben, muss sofort rückgängig gemacht werden. Bis spätestens 2020 müssen alle deutschen Atomkraftwerke vom Netz.
- Alle Atomkraftwerke müssen auf der Grundlage moderner Sicherheitsstandards überprüft werden. Deshalb muss das von CDU/CSU und FDP außer Kraft gesetzte kerntechnische Regelwerk des Jahres 2009 wieder in Kraft gesetzt werden. Zusätzlich muss überprüft werden, wie der Schutz vor Erdbeben und Flugzeugabstürzen verbessert und eine sichere Notstromversorgung bei Störfällen garantiert werden können.
- Der Stromverbrauch muss bis 2020 um acht bis zehn Prozent verringert werden. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, muss Deutschland sofort eine Kampagne für Energieeffizienz starten. Im gleichen Zeitraum müssen wir die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf 40 Prozent steigern – z. B. durch Windparks im Meer oder durch Stromerzeugung aus Biomasse.
- Um den Strom aus erneuerbaren Energien verteilen zu können, ist ein Ausbau der Stromnetze um rund 4.500 Kilometer notwendig. Dafür brauchen wir einfachere und schnellere Genehmigungsverfahren. Außerdem müssen wir die Menschen dafür gewinnen, da neue Stromtrassen oft vor Ort auf Skepsis und Ablehnung stoßen. Die Verlegung von Erdkabeln kann vielerorts eine Alternative zu Freileitungen sein.
- Darüber hinaus müssen wir auch die konventionellen Gas- und Kohlekraftwerke modernisieren. Hierbei kommt es besonders darauf an, den Wirkungsgrad dieser Kraftwerke zu erhöhen und gleichzeitig die CO₂-Emissionen entscheidend zu senken.

Gemeinsam die Energiewende schaffen! SPD

Weitere Informationen:
www.bayernspd.de

V.i.S.d.P.: BayernSPD, Rainer Glasb, Oberanger 38, 80531 München

Für Männer und Frauen!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit



Jeden Tag wird in Deutschland gegen das Grundgesetz verstoßen. Denn dort heißt es in Artikel 3: „Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt oder bevorzugt werden.“ Wie sieht aber die Wirklichkeit aus?

Das sind die Fakten:

- ▶ Frauen verdienen durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer. Sogar bei gleicher Tätigkeit bekommen Frauen 10 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Die Lohnunterschiede betreffen durchgehend alle Ebenen von Beschäftigten. Zahlen der Hans-Böckler-Stiftung bestätigen auch für Frauen in Führungspositionen und gleicher Tätigkeit ein geringeres Gehalt. Auf der Ebene der Hauptabteilungsleiter verdienen Frauen 33 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Was tut die Regierung?

Nichts. Schwarz-Gelb tröstet die Frauen mit Gesprächen und Appellen an die Wirtschaft. Die Bundeskanzlerin erklärt das Thema zum Privatproblem der Frauen, wenn sie sagt, „frau“ solle „selbstbewusst zum Chef gehen“. Wirkungslos kann Frauenpolitik nicht gemacht werden. Aber es gibt Alternativen: Wenn systematisch Lohndiskriminierung betrieben wird, muss gesetzlich gehandelt werden. Und wir können auch handeln.

Der Vorschlag der SPD – ein Entgeltgleichheitsgesetz

Die SPD hat Eckpunkte für ein Entgeltgleichheitsgesetz beschlossen, mit der wir die systematische Lohndiskriminierung der Frauen gesetzlich beenden wollen:

- Die Entgeltstruktur in den Betrieben muss offen gelegt und transparent werden.
- Die Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, Entgeltberichte zu erstellen, anhand derer die Prüfung unmittelbarer und mittelbarer Entgeltdiskriminierung möglich wird.
- Antidiskriminierungsstellen, Betriebs- und Personalräte und Gewerkschaften müssen mehr Rechte zur Feststellung von Entgeltdiskriminierung erhalten.
- Wird eine Entgeltdiskriminierung festgestellt, muss sie innerhalb einer festgelegten Frist beseitigt werden.
- Verstöße gegen die Entgeltgleichheit müssen empfindliche Strafen nach sich ziehen. Es darf nicht billiger sein, ungleiche Löhne zu zahlen, als sich an das Gesetz zu halten.
- Die Gewerkschaften müssen ein Verbandsklagerecht erhalten, damit die betroffenen Beschäftigten nicht weiter immer alleine gegen eine Diskriminierung klagen müssen.

Andere reden über Frauenpolitik – die SPD handelt.



Dr. Wilhelm Schlötterer

am 12. Mai 2011, um 19.00 Uhr
im „Bayerischen Hof“ (Hauptstr.82)
in Lindenberg



Eintritt. 3.00€ *)**Mehrerlös geht an die Kinderbrücke Allgäu**
Vorverkauf: Tourist Information und



ViSdP: Leo Wiedemann, Lindenberg

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: roterseechas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

SPD-BW:

Büro Peter Simon, MdEP:

Evelyne Gebhardt, MdEP:

Europa Aktuell:

SPD Presseservice:

Britta Erfmann:

Norbert Zeller, MdL:

Jolanda Spirig:

Hermann Dorfmueller:

Dario Sulzer:

Claudia Friedl, Kantonsrätin:

Edith Graf – Litscher, Nationalrätin:

SBI:

SPÖ-Express:

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:

Newsletter Bundestagsfraktion:

Bundestagsfraktion:

Georg Wex:

BayernSPD, Rainer Glaab

BayernSPD:

Evi Binder:

Leo.Wiedemann:

Bundes-SPD (SPD.de):

bawue@spd.de

peter.simon@europarl.europa.eu

EGebhardt.MdEP@t-online.de

pressestelle@spd.de

asf@spd.de

norbert.zeller@spd.landtag-bw.de

info@medienarbeit.ch

hermann.dorfmueller@web.de

sulzer@sp-sg.ch

info@sp-sg.ch

edith.graf@bluewin.ch

www.bodensee-internationale.org

hubert.loetsch@spoe.at www.spoe.at

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

aboservice@spdfraktion.de

webteam@spdfraktion.de

georg.wex@arcor.de

www.bayernspd.de

efi.binder@dgb.de

leo.wiedemann@t-online.de

www.spd.de

SPD.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder. Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

roterseechas@kabelbw.de